

Poseiner Zeitung.

Venu und Heiligster Jahrgang.

Nr. 310.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Über die Zustände in Dänemark.

Wenn die Wirren in der Türkei, allen diplomatischen Vermittlungen zum Trotz, noch immer nicht ihr Ende erreichen können, vielmehr in mancher Hinsicht größere und verhängnisvollere Dimensionen anzunehmen scheinen, als bisher, so sieht es in dem uns näher gelegenen Dänemark seit etwa fünf Jahren auch nicht besonders erfreulich aus. Zwar ist es hier noch nicht zum Aufstand und organisiertem Blutvergießen gekommen, aber der parlamentarische Kampf zwischen Regierung und Volksvertretung dauert fort, und an eine baldige Beendigung desselben ist kaum zu denken, um so weniger, als das Resultat der am 25. April d. J. stattgefundenen Neuwahlen zum Folkething ein der Regierung entschieden feindliches gewesen ist.*

Seit dem Jahre 1871 ist Dänemark bestrebt, eine bessere Landesverteidigung ins Werk zu setzen; in diesem Streben sind Regierung und Volksvertretung so ziemlich einig, nur über die Mittel zur Erreichung des bezeichneten Ziels kann keine Übereinstimmung gefunden werden. Außer dieser Meinungsverschiedenheit, die ein für alle Parteien befriedigendes Vertheidigungs- oder Befestigungsgebot nicht zu Stande kommen ließ, sind es auch, wie so häufig in ähnlichen Fällen, finanzielle Fragen, welche das Folkething in andauernder Opposition gegen die Regierung erhalten.

Schon im Jahre 1872 empfahl der König von Dänemark in seiner Thronrede eine bessere Organisation der Landesverteidigung, allein das Folkething konnte sich mit dem Ministerium Holstein-Holsteinsburg nicht verstündigen. Das ganze Jahr 1873 ging in unfruchtbaren Kämpfen hin; eine Auflösung des Folkethings und eine Neuwahl führten kein besseres Resultat herbei. Die Reformfähigkeit der Regierung und der Volksvertretung war vollständig gelähmt, die Gesetzgebung drohte still zu stehen. Da reichte das genannte Ministerium im Juni 1874 seine Entlassung ein; aber es war schwer, ein Ministerium zu finden, welches nicht nur das Vertrauen des Königs, sondern auch das des Folkethings besaß. Herr Sonnesbeck, der unter dem Grafen Holstein-Holsteinsburg Minister des Innern gewesen war, brachte zwar ein neues Ministerium zusammen; dasselbe vermochte sich indes kaum ein Jahr am Ruder zu erhalten, da die Opposition keine Vertretung darin erhalten hatte. Am 14. Juli 1875 übernahm das Ministerium Estrup die Leitung der Dinge. Estrup erklärte jedoch mit grösster Entschiedenheit, daß er und seine Kollegen bemüht seien würden, das Ansehen der Regierung zu wahren und die Vertheidigungsreform des Landes mit allen Kräften durchzuführen.

Als der dänische Reichstag im Anfang dieses Jahres zusammengrat, setzte die Regierung, auf § 19 der Verfassung gestützt, den Schluss deselben auf den 29. März (1876) fest. Obwohl man in parlamentarischen Kreisen sofort daran zweifelte, daß die Volksvertretung bis zu diesem Termine mit den zahlreichen Vorlagen fertig werden könnte, so gingen doch lange Zeit die Verhandlungen ziemlich günstig und rasch von Statten; beide Thinge arbeiteten fleißig und schon gab man sich von mancher Seite der Hoffnung hin, daß dem Schlusse des Reichstags an dem bestimmten Tage nichts Wesentliches im Wege stehen werde, da scheiterte die Vereinigung der Regierung mit beiden Zweigen der Volksvertretung abermals an der zähen Opposition des Folkethings, indem letzteres hartnäckig an seinem Beschlusse festhielt, daß es die für die Vertheidigungs- und Befestigungsanlagen verlangten Summen nur unter der Bedingung bewilligen werde, daß die Regierung sich verpflichte, eine mehr die Wohlhabenden treffende Einkommen- und Vermögenssteuer einzuführen. Vergebens erklärte der Kriegsminister in der letzten Sitzung des das Ministerium unterstützenden Landstings, daß er dem Beschlusse des Folkethings nachgeben und die zur Anschaffung einer neuen Feldartillerie so nötige Summe nicht in das Finanzgesetz für 1876–77 aufnehmen wolle, vergebens war der Kultusminister bereit, den Wünschen des Folkethings bezüglich der Theuerungszulage für die Volkschullehrer entgegenzukommen, — das Folkething blieb unverhöhnlisch.

Im schneidenden Gegensatz zu der Ruhe und Friedlichkeit, wo mit die letzte Sitzung des Landstings verlief, stand die letzte Sitzung des Folkethings; sie war nicht nur die längste, welche dieses Thing in der jetztverflossenen Reichstagsession abhielt, sondern auch eine der stürmischsten. Auf der Tagesordnung stand die Lesung des vom Landsting zurückgegangenen Gesetzentwurfes, betreffend die außerordentlichen Befestigungsanlagen. Der Referent Bojsen führte in kurzer Rede aus, daß das Folkething festhalten müsse an seinem Beschlusse, die Mittel zu den Befestigungen nur unter der Bedingung der Einführung einer Vermögens- und Einkommensteuer zu bewilligen; außerdem hob er im Namen des betreffenden Ausschusses noch besonders hervor, daß es nicht gebilligt werden könne, wenn die Regierung das Hauptgewicht auf die Befestigung von Kopenhagen lege, statt auf die Verbindung zwischen den einzelnen Landesteilen. Der Ministerpräsident Estrup erklärte dagegen, es sei der Regierung unmöglich, auf die vom Folkething gestellten Bedingungen einzugehen oder auf Grundlage derselben eine Vereinigung zu versuchen. Ein Oppositionsredner hielt Dänemarks jetzige, ziemlich vertheidigungslose Stellung für die beste Vertheidigung in der Gegenwart und für eine lange Zeit in der Zukunft. „Nichts“, meinte er, „wird größere Befriedigung bei dem dänischen Volke hervorrufen, als wenn die Regierung vor ganz Europa die Erklärung abgibt, daß Dänemark sich den Interessen des Friedens zu opfern bereit sei und keine auswärtige Macht herausfordern wolle.“ Ein anderes Mitglied der Linken bezeichnete das ganze Befestigungsunternehmen als eine Vorbereitung zum Untergange Däne-

Donnerstag, 4. Mai
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die schrägschallende Zeile oder deren Raum, Zeilenlängen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu jenden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 8 Uhr Nachmittag angenommen.

1876.

marks. Hierauf ergriff der Ministerpräsident noch einmal das Wort und erklärte, die Regierung müsse die Annahme der von Bojsen verteidigten Ausschusshandlungen einer Verwerfung der ganzen Gesetzesvorlage gleich erachten. Wenn die Regierung auch in keiner Beziehung kriegerische Gelüste habe, so müsse sie doch bestrebt sein, Dänemark bis zum Neuerwerben bei einem etwaigen Streite zwischen den Nachbarn neutral zu halten; um dies, aber zu können, seien die Vertheidigungsmaßregeln und namentlich eine starke Befestigung Kopenhagens nach der Seeseite absolut nothwendig. Nach langen und heftigen Debatten wurden schließlich die Ausschusshandlungen angenommen und der ganze Gesetzentwurf, allerdings nur mit 47 gegen 47 Stimmen, verworfen, denn Stimmengleichheit gilt auch nach der Geschäftsordnung im dänischen Reichstage so viel wie eine Ablehnung. Dieses Resultat wurde namentlich durch das Verhalten der kleinen, aus Nihilisten bestehenden Zentrumsfaktion herbeigeführt.

Nach dem eben geschilderten Verlaufe der letzten Sitzung des Folkethings erklärte der Ministerpräsident Estrup den Reichstag im Namen des Königs am 29. März d. J. für geschlossen, und am darauf folgenden Tage publizierte die „Politide“ (Gesetzzeitung) einen offenen Brief des Königs, durch welchen das Folkething aufgelöst wurde. Bald darauf wurden auf den 25. April d. J. Neuwahlen für das Folkething ausgeschrieben, in denen aber, wie unsere Lefer bereits wissen, die Regierung — trotz aller Anstrengungen des Ministeriums Estrup — eine schwere Niederlage erlitten hat, indem die Opposition daran stärker hervorgegangen ist, als sie im aufgelösten Folkething war. Während die bedeutendsten Führer der Linken fast sämtlich wiedergewählt wurden, sind die ehemaligen Minister Holstein-Holsteinsburg und Klein durchgefallen, die Mittelpartei ist aber so gut wie ganz verschwunden. In Kopenhagen, dem Hauptorte der Rechten, deren Mitglieder in Dänemark bekanntlich „Nationalliberale“ genannt werden, trug ein hervorragender Führer dieser Partei, Ville, über seinen sozialdemokratischen Gegner Bio den Sieg davon, doch kann dies nur ein schwacher Trost für die Regierung sein.

Bei dieser Lage der Dinge ist nicht wohl abzusehen, wie dem für das Ausland in mehrfacher Beziehung interessanten Konflikte zwischen Regierung und Volksvertretung in Dänemark ein Ende gemacht werden soll. Schon fünf Jahre ist die Sorge für eine bessere Landesverteidigung hinausgeschoben worden, und es ist nach manchen Andeutungen sehr fraglich, ob das Ministerium sich jetzt der gestärkten Opposition im Folkething fügen wird. Ein Freund Estrups, Scavenius, deutete am 10. Februar d. J. im Folkething ungeniert darauf hin, daß die Oppositionsmehrheit durch fortgesetzte Auflösungen gebeugt werden müsse, weil sonst die Vertheidigung des Landes in einer jede ruhige Zukunft des Staates in Zweifel stellenden Weise verfehlt werde, und ein Korrespondent der „Hamb. Nachrichten“ schrieb vor dem Bekanntwerden des Resultats der Neuwahlen, daß das Ministerium Estrup nicht nachgeben, daß „monarchische Prinzip“ nicht anasten lassen werde, auch wenn es das Folkething noch mehrmals aufzulösen sollte. Jedenfalls sind die Zustände in Dänemark keine beseidenswerthen.

Was nun schließlich die Frage anlangt, wer denn eigentlich der Feind ist, gegen den sich Dänemark nach Ansicht der dortigen Regierung durch Vertheidigungsmaßregeln schützen muß, so ist dieselbe nicht leicht in bestimmter Weise zu beantworten, obwohl in allen Ausführungen, die von den Anhängern der Rechten des Folkethings, vornehmlich von Militärpersonen, in den letzten Wählerverhandlungen gemacht wurden, deutlich darauf hingewiesen wird, daß sämtliche kriegerische Maßnahmen Dänemarks in erster Linie gegen Deutschland gerichtet seien. Auch dürfte die Annahme wohl gerechtfertigt sein, daß man in Dänemark vielseitig noch immer auf eine Gelegenheit hofft, die eine Wiedererlangung wenigstens von Nordschleswig ermöglicht. Andererseits fehlt es allerdings auch nicht an Pessimisten, die eine vollständige Auflösung des dänischen Reiches herannahen sehen, in ähnlicher Weise wie der Türkei. Erklärte doch z. B. ein gewisser Andræ im Landsting, am wahrscheinlichsten sei eine Theilung Dänemarks zwischen Deutschland und Schweden.

—n.

Über die Bedeutung der demnächst in Berlin stattfindenden Begegnung des russischen und deutschen Kaiserreichs sowie der drei leitenden Staatsmänner der Kaiserhäuser für die europäische Politik bringt die „N. A. Ztg.“ eine bemerkenswerthe Aussicht, aus der wir in Anbetracht der Stellung dieses Blattes zu den berliner maßgebenden Kreisen Folgendes wiedergeben:

Die neue Begegnung der drei leitenden Staatsmänner in Berlin gilt zweifellos den ersten Fragen, welche in von Tag zu Tag wachsendem Ernst im Südosten Europas herauftauchen, und an denen Österreich-Ungarn als unmittelbare Nachbarmacht und Russland durch das Vertrauen interessiert ist, welches die christlichen Völkerstaaten der Türkei auf das Kabinett von St. Petersburg und die Sympathien des russischen Volkes zu setzen gewöhnt sind. Die Unhaltbarkeit der in Bosnien und der Herzegowina bestandenen Zustände ist von allen europäischen Regierungen anerkannt worden. Weder die österreichischen und russischen Stimmen, noch die englischen Konularberichte haben einen Zweifel darüber belassen; die türkische Regierung hat seitdem auch bewiesen, daß sie ihre Autorität nicht in der bisherigen Gepflogenheit und mit den bisherigen Mitteln zu wahren vermag. Die europäischen Mächte einigten sich, der Pforte eine Reihe von Reformen anzurathen. Der seitens der österreichisch-ungarischen Regierung im Einvernehmen mit der russischen aufgestellte Reformentwurf enthält nur das Unerlässlichste, das Minimum dessen, was zur Herstellung geordneter Zustände in den Ländern südlich der Donau für nothwendig erachtet wurde. Weder der Autorität des Sultans noch der Integrität des türkischen Reiches war darin in irgend einer Weise zu nahe getreten; in die Hand der Pforte wurde es gelegt, für die der osmanischen Herrschaft völkerrechtlich unterstehenden Völker

ein neues Zeitalter heraufzuführen. Die ottomanische Regierung hat die Ausführung, der ihr von Europa angerathenen Reformen zugesagt und damit sowohl eine feierliche Verpflichtung gegen die Mächte wie gegen ihre eigenen Untertanen übernommen, als auch das Recht der ersten anerkannt, an der Beseitigung der Zustände, welche in ihrer Fortdauer und Entwicklung den allgemeinen Frieden bedrohen, eingreifend mitzuwirken. Die Reformen sind türkischemproklamirt worden, aber vier Monate sind seitdem verflossen und noch ist nirgend die Hand angelegt, jene Verheißen wahr zu machen, für welche nicht nur die Ehre der türkischen Regierung, sondern auch das Wort der Mächte engagirt ist, welche jene Reformen als das Minimum des Unerlässlichsten bezeichnet hatten. Die aufständischen Völkerstaaten haben die Reformen ihrerseits gleichfalls angenommen, jedoch Bürgschaften für deren Ausführungen verlangt, Bürgschaften, welche zu gewähren die Pforte außer Stande ist. Die Aufgabe, diese Bürgschaften zu beabschaffen, tritt nunmehr an die Mächte heran, welche schon um ihrer eigenen Achtung willen ihre Mediation nicht ungern im Sande verrieten seien dürfen und welche den schwersten Erhütterungen des Osmanenreiches durch Umgrenzung des Aufstandes wenigstens versuchsweise vorzubeugen vertragen. Die allgemeinen europäischen Interessen dürfen nicht länger unter einem Maraschus leiden, dessen unheilvolle Folgen nur durch ein rechtzeitiges Eingreifen vorgebeugt werden kann.

Nachdem das Blatt hierauf an ähnliche Ausführungen des wiener „Fremdenblattes“ und russischer Zeitungen erinnert hat, läßt es die Möglichkeit einer Okkupation der insurgenen Provinzen durch österreichisch-ungarische Truppen durchblicken. Letztere Eventualität sei um so dringender, als die große Siegesnachricht von Nikosia keineswegs so unzweifelhaft zu sein scheint, vielmehr durch neuere Nachrichten in ziemlich enge Grenzen zurückgedrängt werde. Inzwischen eingelauftene Depeschen aus Konstantinopel bemühen sich übrigens, diese aus slavischer Quelle fließenden Zweifel an der Wahrheit der Monarchischen Siegesdepeschen zu widerlegen und konstatieren wiederholt einen entschiedenen Erfolg der türkischen Truppen. Es ist selbstverständlich, daß falls die von dem angeführten Organ in Aussicht gestellte Aktion zur Thatache werden sollte, auch dies Vorgehen vollkommen im Einvernehmen mit den übrigen Mächten geschehen würde und nur als ein Theil des Dreikaiserprogramms anzusehen wäre.

Das päpstliche Hof- und Kirchen-Handbuch (La Gerarchia Cattolica e la famiglia Pontificia) für das Jahr 1876 liefert statistisches Material zur Beurtheilung des Verhältnisses, in welchem die Zahl der kirchlichen Würdenträger italienischer Abstammung zu vorliegenden anderen Nationalitäten steht. Der „Kirchsanzeiger“ gibt darüber folgende Mittheilungen:

Nach Inhalt der gewachten Zusammenstellung befindet sich die Verwaltung der römischen Kirchenämter bis auf eine verschwindend kleine Minorität in den Händen italienischer Cleriker, während hinziederum an jener geringen Minderheit von hierarchischen Spalten und pontifizischen Hofstaaten das katholische Deutschland in befriedigendster Weise beteiligt ist. Bei näherem Eingehen auf die einzelnen Abteilungen des Kirchenkalenders finden wir zunächst, daß das aus 57 Mitgliedern bestehende Kardinälskollegium nicht weniger als 38 Vertreter des hohen italienischen Clericus aufweist. Von deutschen Namen vermöchten wir lediglich den des Fürsten Hohenlohe zu finden, da der Graf Leopold von Silius in dem deutschen Reich kaum zu zählen seien dürfte und der aus Tirol gebürtige, fürlich verstorbenen Herr von Tarnow, gleich wie sein Amtsgenoss Fürst Schwarzenberg in Prag der österreichisch-ungarischen Monarchie angehört. Unter den aufgezählten 791 Bischöfen, welchen eine Diözese anvertraut ist, stellt sich die Zahl der entsprechenden deutschen Kirchenoberen auf nur 48 heraus, wohingegen die Zurücksetzung des germanischen Bischäftsstammes bei den bekanntlich 1870 nicht ohne bestimmten Zweck ansehnlich vermehrten Episcopi in partibus Hispaniæ noch augenscheinlicher hervortritt, indem sich in der Gesamtzahl von 257 solcher Bischöfe ohne Bistum nur 12 Mitglieder deutscher Herkunft vorfinden. Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt man bei Durchsicht des Berichtes der ca. 900 Kanzleien des päpstlichen Stuhles, von denen nur 54 deutschlingende Namen führen, in gleicher Weise bei Prüfung der Liste von nahezu 280 päpstlichen Kardinälen und Chorkammerherren, worunter sich nicht mehr als 26 Vertreter germanischer Nationalität ermitteln lassen. Auch darf man nicht bei der vorliegenden Beurtheilung aus den Augen verlieren, daß ein nicht unerhebliches Kontingent der oben angeführten kirchlichen Würdenträger deutschen Stammes auf die österreichischen Erbländer, namentlich Tirol, sowie auf den katholischen Theil der deutschen schweizerischen Kantone entfällt. Das Bild, welches man hierach von der Praxis der Kurie in Betreff der den deutschen Katholiken anzuweisenden Stellung gewinnt, kontrastiert seltsam mit der von den Führern der deutschen Zentrumspartei in- und außerhalb der Volksvertretung häufig befehlten Darstellungsweise, nicht minder mit den gerechten Ansprüchen, welche das katholische Deutschland nach realer und geistiger Bedeutung auf Vertretung und Verstärkung in dem päpstlichen Dienst und unter den Würdenträgern der Kirche machen kann.

Deutschland.

2. Berlin, 2. Mai. Heute wurde im Abgeordnetenhaus aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt, daß ebenso wie die nächsten Verwandten auch die Gemahlin des Ministers Delbrück von der erschütterten Gesundheit desselben und dem darauf gegründeten Entlassungsgeuch erst unmittelbar vor dem Bekanntwerden in der Öffentlichkeit Kenntniß erlangt habe. Zugleich kursiren Mittheilungen über viele Detailvorkommnisse, beispielsweise über den Vorfall in der ersten Sitzung des Ausschusses der Reichsbank, welche in den letzten Monaten sich ereignet haben und alles andere eher darthun, als die Fortdauer der inneren Harmonie zwischen Bismarck und Delbrück. Delbrück ebenso wie Camphausen sind allerdings zu patriotische altgeschulte preußische Beamte, wie daß man jemals eine öffentliche Darlegung der maßgebenden Verhältnisse von ihnen erwarten kann. Zu einem Paragraph Delbrück im Strafgesetzbuch werden sie niemals auch nur einen Vorwand bieten. Heute bereits kursiren aus zuverlässiger Quelle Nachrichten, welche erkennen lassen, daß die bekannte

Zeitungskorrespondenz des Herrn Wagener doch nicht so ins Blaue prophezeite, als sie den demnächstigen Rücktritt Camphausen's in Aussicht stellte. Präsident Maybach soll nunmehr in etwas stürmischem Eifer den Finanzminister aufgefordert haben, einen Kaufpreis für die preußischen Bahnen zu nennen. Mit dieser Aufforderung ist Herr Maybach abgewiesen worden; er möge zuvor eine Vollmacht zu kaufen vom Reichstag und Bundesrat aufweisen. Schon technisch erheische die Berechnung eines Kaufpreises sehr umfassende zeitraubende Vorarbeiten. Da Herr Maybach vermutlich nicht ohne das Einverständnis des Fürsten Bismarck gehandelt hat, auch Niemand weniger an seinem Portefeuille hängt, als Camphausen, so können die tiefgrifenden wirtschaftspolitischen Unterschiede zwischen Camphausen und dem Programm Wagener — letzterer hatte im Verlauf des Winters eine zeitlang wöchentlich zweimal Gelegenheit, dem Reichskanzler darüber Vortrag zu halten — demnächst auch schon bei weniger erheblicher Veranlassung zur Entscheidung führen. Ihre Leser seien freundlich gebeten, sich die vorstehenden Ausführungen nach etwa acht Wochen wieder vor das Gesicht zu bringen. — In diesem Augenblick verbreitet sich das Gerücht — wofür wir indessen keine Bürgschaft übernehmen können — der Minister Löwenhardt wolle seine Entlassung nehmen, weil er durch größere Selbständigmachung des Reichs-Justiz-Amtes mit Herrn Friedberg an der Spitze in eine unhaltbare Stellung als preußischer Minister gelange. — Die Minister und Ministerialkommissarien an der Ministerbank haben sich im Verlaufe der Eisenbahn-Debatte statt nach dem Dienstalter unwillkürlich in einer dem verschiedenen Grade ihrer Begeisterung für die Vorlage entsprechenden Reihenfolge gruppirt, so daß Camphausen die äußerste Linke, Bismarck die äußerste Rechte bildet. Wenn jeder der Herren an der Ministerbank frei nach seiner persönlichen Auffassung stimmen könnte, so berechnete neulich eine in diesen Kreisen wohl orientirte Persönlichkeit, so würde die Vorlage mit Stimmengleichheit abgelehnt werden. — Die Städteordnungskommission beendigte gestern die erste Berathung und beginnt übermorgen die zweite Berathung. Es wurde beschlossen, von einer schriftlichen Berichterstattung für das Plenum Abstand zu nehmen. Auf die Bemerkung eines fortschrittlichen Abgeordneten, man solle es durch die Verspätung in der Zeit, wie sie der schriftliche Bericht nach sich ziehen würde, der Regierung, beziehungsweise dem Herrenhause nicht zu leicht machen, die Städteordnung wieder fallen zu lassen, entgegnete der Regierungskommissar, daß der Minister des Innern auf das Zustandekommen des Gesetzes in dieser Session den allergrößten Werth lege. Die Kommissionsbeschlüsse seien, abgesehen von dem Polizeiabschnitt, für welchen sich wohl noch eine mittlere Linie finden lassen werde, auch nicht derart, daß sie dem Zustandekommen Hindernisse bereiten könnten. Viel Heiterkeit auf allen Seiten der Kommission erregen manche Beschlüsse der sog. Städteordnung. Das dort vorherrschende kleinbürgermeisterliche Element scheint in der That zu glauben, daß an Stelle der Städteordnung eine bloße Bürgermeisterordnung geschaffen werden solle.

□ Berlin, 2. Mai. Bevor das Abgeordnetenhaus heute in die dritte Berathung des Reichseisenbahngesetzes eintrat, wurden 7 neueingetretene Mitglieder vereidigt, wobei die auffallende Ercheinung zu Tage trat, daß sämtliche Vereidete den Eid in der für Katholiken vorgeschriebenen Form leisteten. Zur Eisenbahnvorlage hatten sich wiederum 12 Redner und zwar 7 gegen und 5 für die Vorlage gemeldet, doch kamen im Ganzen nur 4 zum Worte, nämlich die Abgeordneten Dr. Hähnel, v. Sybel, Windhorst (Meppen) und Dr. Löwe. Von Regierungstisch aus ließ sich Niemand vernehmen. Der Abgeordnete Dr. Hähnel eröffnete seine Rede mit der Erklärung, daß er die im Ganzen sehr vernachlässigte volkswirtschaftliche Seite der Frage gar nicht in Betracht ziehen, sondern sich ganz an die politische Seite halten wolle. Der Hauptbeweggrund zur Vorlage scheint ihm der zu sein, daß man das Reich mehr majorisiren wolle, als das bisher möglich war. Da dies auf geradem Wege nicht möglich sei, so habe man einen Schleichweg gewählt. Im Gegensatz dazu hob der Abg. v. Sybel die volkswirtschaftliche Bedeutung der Vorlage hervor und entwidete, daß der Entwurf von Hause aus nur aus wirtschaftlichen

Rücksichten hervorgegangen sei. Erst die leidenschaftlichen Angriffe der Gegner hätten ihm eine politische Bedeutung gegeben. Der Abg. Windhorst (Meppen) suchte unter Anführung umfangreichen Materials den Nachweis zu führen, daß in dem Gesetzentwurf eine viel tiefere politische Bedeutung liege, als man ihn von den Freunden derselben billige. Dazu ziemlich alle Minister schon eine Lanze dafür eingezogen, scheine ihm der stärkste Beweis dafür. Unter den einzelnen Gesichtspunkten, welche er an der Hand der Motive beleuchtete, hob er besonders hervor, daß nach Annahme des Kaufes von Seiten des Reiches keine (Landes-) Staatsbahnen mehr gebaut werden könnten. Auch sei es auffällig, daß die so wichtige finanzielle Frage weder von der Vorlage selbst, noch von sonstemand berührt worden sei. Ueberhaupt sei gar kein Bedürfnis zu dem Gesetz vorhanden. Die preußische Eisenbahnverwaltung sei gar nicht so schlecht, als sie sich selbst mache, man werde also durch Übergang an das Reich nichts gewinnen. Dr. Löwe endlich wendete sich gegen die von gegnerischer Seite erhobenen Vorwürfe. Wenn man behauptete, durch den Bahnbau werde die Volksfreiheit leiden, indem die Reichsregierung eine neue zahlreiche Bureaucratie gewinne, so könne er dem nicht bestimmen. Denn nur in kleinen Verhältnissen sei die Bureaucratie gefährlich, nicht aber im Großen. Gegen die Vorlage spreche kein Grund der Volksfreiheit, wohl aber ein wichtiger politischer Grund. Die Institution des Reiches, welches bisher nur im Kopfe gewesen sei, erhalte dadurch einen Körper. Danach schloß die Generaldiskussion. Die Spezialdiskussion schloß in Folge der Erklärung des Handelsministers, daß die Regierung gegen die Lasker'schen Anträge nichts einzuwenden habe, rasch mit Annahme des Gesetzes und der Lasker'schen Resolution. Die namentliche Abstimmung ergab die Annahme des Gesetzes mit 116 gegen 160 Stimmen, also eine Mehrheit daß für von 56. Dieselbe wurde allerdings dadurch herbeigeführt, daß die Nationalliberalen und Neukonservativen ihre Freunde durch den Telegraphen herbeiriefen und sich so verstärkten. Bei der vorigen Abstimmung fehlte der fortschrittliche Abg. Dunder und die nationalliberalen Abg. Jacobi (Piegitz), Naché (Briegitz) und Schulz (Guben). Die selben stimmten heute für die Vorlage.

— Zu dem im nächsten Jahre bevorstehenden 70jährigen Dienstjubiläum des Kaisers bringt das „Frdl.“ folgende Mithilfungen:

Es ist aufgefallen, daß unser allverehrter Monarch schon am 1. Januar 1807 zum Offizier ernannt wurde, da derselbe doch erst am 22. März 1807 das Patent als Fähnrich bei der Garde zu Fuß erhielt. Fähnrichen standen damals im Offiziersrang. Die Mittheilung der Ursachen dieses außerordentlichen Vorfalls wird sicher Niemand im Lande ohne tiefe Bewegung lesen. Die Sache verhält sich nämlich wie folgt: In jener Unglückszeit schrieb der hochselige König Friedrich Wilhelm III. an den in Königsberg weilenden Prinzen, wie folgt:

„Da an Deinem Geburtstage vielleicht keine Gelegenheit sein wird, Dich ordentlich einzukleiden, weil Ihr nach Memel müßt, so ernenne ich Dich schon heute zum Offizier und habe Dir auch eine Interims-Uniform anfertigen lassen.“

Welche Schreden, wie viel Gram birgt in diesem ewig denkwürdigen Schreiben das kleine Wörtchen „vielleicht“. Erwähnenswerth mag noch sein, daß unser erhabener Monarch am 22. März 1807 tatsächlich das Patent als Fähnrich erhielt, jedoch am Nervenfieber erkrankt in Memel lag. Die ferneren Daten des Avancements des Kaisers sind folgende: 24. Dezember 1807 Seconde-Lieutenant, 15. Juni 1813 Premier-Lieutenant mit Patent vom 15. Mai (Neudorf in Schlesien), 30. Oktober 1813 Kapitän (in Breslau), 30. Mai 1814 Major (in Paris), 30. März 1817 Oberst, 30. März 1818 General-Major, 18. Juni 1825 General-Lieutenant, 10. September 1840 General der Infanterie, 1. März 1854 General-Oberst der Infanterie.

— Der Staatsgerichtshof, welcher am 11. Mai d. J. über den Grafen Harry v. Arnim wegen Landesverrats, Majestätsbeleidigung, Beleidigung des Fürsten Bismarck, begangen durch die Druckschrift „Pro Nibilo“, Gericht zu halten berufen ist, besteht, wie die „Ger.-Btg.“ schreibt, zur Zeit aus dem Kammergerichts-Vizepräsidenten von Mühlau als Vorsitzenden und den Kammergerichtsräthen von Wulffen, von Seidewitz, von Windheim, Schlittke, Schapez, Sello, Mebes, Nathmann, Gräfe, also aus 10 Personen, wie dies § 4 des Gesetzes vom 15. April 1853 vorschreibt, das diesen Ausnahmegerichtshof konstituiert.

In hohen Dichterworten, läuten Tönen.
Welch schwere Kämpfe auch die Menschheit ringt,
Welch düstere Sorgen auch ihr Herz beschweren:
Sie kann die Kunst, die sich zum Aether schwingt,
Sie kann das Schöne niemals ganz entbehren!
Wohlan denn, auf der Schönheit Opferstein
Das heilige Feuer lodern zu entzünden,
Soll unser priesterlich Bestreben sein,
Zu gleichem Dienst uns Alle fest verbünden!
Gelingt es unsrem Wollen, unsrer Kunst,
Euch zu erheitern, Euer Herz zu röhren,
Dann wird, daß find wir sicher, holde Kunst
Euch oft in diese schlichten Räume führen.
Der Gaben mannigfache bieten wir:
Der heitren Dichtkunst wechselnde Gestalten,
Der heitren Tonkunst Klänge sollen hier
Um Eure Kunst wetteifernd sich entfalten.
Doch auch das erste Spiel ist nicht verbannt,
Auch seine Bilder sollt Ihr hier erschauen:
Der Leidenschaften will entfachten Brand,
Der Menschheit höchstes Glück und tiefstes Grauen.
Noch einmal denn „Willkommen!“ ruf ich aus,
Und mög' es Euch in diesem Raum gefallen,
Bis einst in unsrer Stadt ein würd'ger Haus
Der Kunst erlichkt die marmorskönen Hallen.
Dir, Göttin, haben wir uns ganz geweiht,
Daz sich im Ost der deutsche Sinn bewahre,
Ob friedlich, ob bewegt die künftige Zeit,
Zur eignen und des Vaterlandes Ehre!

Das Publikum nahm diese Programmsrede mit lebhaftem Beifall auf. Nach kurzer Pause begann dann die Aufführung der in der letzten Zeit vielgenannten Salinger'schen Posse in 3 Akten: „Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.“ Wer sie einmal gesehen, findet leicht heraus, worin ihr Zauber, ihre Anziehungskraft für die Hauptstadt liegt: sie spiegelt das gegenwärtige Leben und Treiben der Metropole, sowohl in wie außer dem Hause, im Privatkreise wie in der Öffentlichkeit wahrheitsgetreu wieder. „So ist es bei uns“, sagen die Berliner, und deshalb sehen sie sich die Posse immer wieder an. Herr Salinger, als Possendichter seit lange erprobte — wir erinnern nur an seine über alle Bühnen gegangene Posse „Wedschule“, — hat mit unfehlbarem Geschick gerade die markantesten und interessantesten Momente des Berliner Volkslebens herausgegriffen und zu einer ganzen Reihe hübsch ausgeführter Bilder verarbeitet.

— In den Organen jener mißvergnügten Koterieen, welche sich zum Sturze der „national-liberalen Ära“ zusammenhun und eine neu konservative Koalitionspartei auf den Namen Bismarck's gründen möchten, regen sich seit Delbrück's Rücktritt hoffnungsvolle Siegesträume. So schreibt die wagnerische „Deutsche Reichs-Korrespondenz“:

„Die bereits kurzfristigen Gerüchte über einen Rücktritt des Herrn Camphausen scheinen uns mindestens verfrüht zu sein, wie wir denn überhaupt nicht glauben, daß vor dem Schluß des preußischen Abgeordnetenhauses irgend ein Definitivum ins Leben treten wird. Eigentümlich bleibt dabei die Ercheinung, daß der Minister Achbach berufen ist, als preußischer Kämpfer für das Reichseisenbahnsystem sich und sein Ministerium in die Luft zu sprengen.“

Gleichzeitig läßt sich die hier erscheinende, unter Kardorff'schem Einfluß stehende „Deutsche Presse“ wie folgt vernehmen:

„Vorausgesetzt, der Nachfolger des bisherigen Chefs des Reichskanzleramts theile die handelspolitische Überzeugung seines Vorgängers vollständig, so werde er immerhin den Vorzug vor demselben haben, daß er sich nicht in forensischer Rede für eine solche Handelspolitik wie die bisherige in allen Konsequenzen engagiert hat und es sei die Frage, ob er nicht Angesichts des Notstandes unserer Industrie seine politische Überzeugung den realen Verhältnissen und den hieraus resultierenden Verhältnissen der salus publica unterordnen werde.“

Bedeutsamer ist, daß auch die „Nord. Allg. Btg.“ denselben Ton anschlägt. Diese meint, es sei nicht zu verennen, daß die bisher dominirende Partei des Reichstags wie des Landtags im Hinblick auf die nächsten Wahlen in einige Unruhe versetzt wird, „zumal die That sache nicht abgeleugnet werden kann, daß ein konservativer Zug die Bevölkerung erfaßt hat und mehr als bisher geneigt macht, sich einer konservativen Führung anzuvertrauen“. Es läßt sich nicht verkennen, daß wir für diesen Herbst sehr lebhafte Wahlkämpfen entgegengehen.

— Das Centrum scheint in arger Verlegenheit zu sein, wie es sich zu der Vorlage der Synodalordnung stellen soll. Die „Germania“ schreibt:

„Das Centrum ist in übler Lage; stimmt es mit Ja, so wird die protestantische Orthodoxie den Vorwurf erheben, es wolle die evangelische Kirche ruinieren, und der Fortschritt wird sich beklagen, daß es die Gewissenssiedlung befürdere; stimmt es mit Nein, so kommen die „Nationalliberalen“ und die „liberalen“ Kirchenväter mit ihren Tiraden.“

„Glücklicherweise“, schreibt das genannte Blatt weiter, „kümmern sich die Mitglieder des Centrums um das Geschrei nicht und werden sich einzeln von den Pflichten leiten lassen, die ihnen als preußischen Abgeordneten obliegen.“ — Bei der Berathung der Gesetze welche das Verhältnis der katholischen Kirche zum Staate regeln sollten, kannte die „Germania“ keine Pflichten preußischer Abgeordneter.

— Wie der „Augsb. Abendtg.“ aus Leipzig gemeldet wird, hatte das Reichssoberhandelsgericht am 22. v. Mts. nach geslogener mündlicher Berathung das Erkenntniß in einer Streitsache des deutschen Reichsfinistkus wider den königl. preußischen Finistkus publiziert, wonach Preußen etwas über 446,000 Mark an das Reich zahlen müßt. Es handelt sich um ein sehr verwickeltes Rechtsverhältnis in Folge Überganges der neuen Artilleriewerftstatt zu Spandau an das Reich, resp. der Rückgabe der alten, außer Gebrauch gesetzten Artilleriewerftstatt zu Berlin an Preußen. Das königliche Finanzministerium hatte von Anfang an den Anspruch des Reichsfinistkus für begründet angesehen, während das preußische Abgeordnetenhaus der entgegengesetzten Ansicht war. Um die Differenz zu erledigen, wählten die beiderseitigen Behörden das oberste Reichsgericht zum Schiedsrichter in erster und letzter Instanz und dies hat jetzt den obigen Schiedsspruch gefällt und den beiderseitigen Sachwaltern sofort verkündet.

— Der Redaktionswechsel in der „Kreuz-Btg.“ ist nun erfolgt. In der Nummer vom 2. d. beschloß Herr v. Nathusius-Ludom eine „Konservative Position“ überschriebene Artikelserie, worin er die Lage der Verhältnisse erörterte, wenn einmal die konservative Politik zur Herrschaft gelangt; die Nummer vom 3. d. zeichnet bereits Dr. jur. v. Niebelshütz. Herr v. Nathusius hat sich weder mit einer besondern Erklärung vom Publikum verabschiedet, noch Herr v. Niebelshütz seinen Auftritt formell angezeigt.

Die Handlung der Posse, wenn man von einer solchen überhaupt reden kann, ist höchst einfach. Herr Bielefeld aus Friedeck, ein fideler Rentier, trotz seiner kleinstädtischen Herkunft von unverkennbarem Berliner Zuschlag, fährt ohne Wissen seiner Frau und Tochter nach Berlin, um sich zu amüsieren. Im Rathauskeller wettet er mit einigen Freunden, daß er in 80 Stunden alle „Sehenswürdigkeiten“ Berlins kennen gelernt haben wird. Man entwirft ein diesbezügliches Programm und die Jagd nach den Merkwürdigkeiten beginnt. Drei Studenten nehmen Herrn Bielefeld in ihren besonderen Schutz, um ihm zur Gewinnung seiner Wette zu verhelfen. Wir treffen ihn in der Folge im zoologischen Garten, im Verbrecherkeller, d. h. bei Bauernfängern, im Boudoir einer Chansonnierin, die zufällig auch aus Friedeck stammt, in dem neuerdings durch „Hirsch in der Tanzstunde“ berühmt gewordenen Tanzkabinett „Théâtre américain“, in Eastans Panoptikum und schließlich auf dem Maskenball bei Kroll. Natürlich sind auch Frau und Fr. Bielefeld heimlich nach Berlin gekommen, es gibt ergötzliche Begegnungen. Um das Maß des amüsanten Blödsinns voll zu machen, muß der zukünftige Schwiegersohn des biederer Friedeckers diesen kriminalpolizeilich verfolgen.

Leugnen läßt sich nicht, daß die Posse Überfluß an allerechten „Malauern“ besitzt — von jener Sorte, die durch ein gewisses Alter nicht ehrenwürdiger wird. Herr Salinger geht in dieser Hinsicht energisch vor. Er meint offenbar: „Schreit über meine Wize so oft Au!“ als Euch gefällt, wenn Ihr nur lacht.“ Und gelacht wird dabei fortwährend.

Die Darstellung zeigte von sorgfältiger Vorbereitung. Die Arrangements waren mit Umsicht und Geschmack getroffen und gaben dem Regisseur, Herrn Haack, ein gutes Zeugnis. Da war doch Leben, und nicht blos mattes Scheinleben! Wie es in der Wirklichkeit in öffentlichen Lokalen keine todten Gruppen giebt, gab es deren auch nicht auf der Bühne. Der Zuschauer wurde in verschiedener Weise gleichzeitig beschäftigt, ohne daß das Interesse sich zerstörte. Hübsche Dekorationen unterstützen das Zusammenspiel in witziger Weise. Von den einzelnen Leistungen ist in erster Reihe der Rentier Bielefeld des Herrn Großherz zu nennen, der sich durch drastische und doch decente Komik sofort die Gunst des Auditoriums gewann. Es war ein Vergnügen, diesen Biedermann in den mannigfaltigsten Situationen und in wechselnder Beleuchtung zu sehen. Der Humor des Künstlers hat nichts Gesuchtes und Gewalt-

Interims-Stadttheater.

Die Eröffnung des Interims-Stadttheaters im Hildebrand'schen Garten unter Direktion der Herren Haack und Nemeth ist gestern unter günstigen Zeichen erfolgt. Die Räume des Theaters waren, namentlich für einen Wochentag, recht gut besetzt, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß unsre Erwartungen bezüglich des Besuchs dieser Eröffnung vorstellung übertroffen worden sind. Dem Aufenthalt im Garten war das Wetter wenig günstig, das Haus selbst hatte kurz zuvor noch einen Scheuerungsprozeß durchgemacht, der freilich recht nötig gewesen sein mag, aber doch gefundheitliche Befürchtungen zu erregen vermochte. Das hat indeß der Stimmung der Versammlung keinen Eintrag, dieselbe steigerte sich vielmehr im Verlauf des Abends zu ausgelassener Heiterkeit. Wenn Alles, wie vielfach behauptet wird, auf den ersten Eindruck ankommt, so kann man der neuen Direktion lediglich Glück wünschen, denn sie hat sich mit der Eröffnungsvorstellung aufs beste eingeführt.

Nach dem Vortrag der Weber'schen Jubelouverture durch die Appold'sche Kapelle, welche für das Theater neu engagiert worden ist, hob sich der Vorhang. Auf der festlich dekorirten Bühne war das Künstlerpersonal aufgestellt, die Damen zur Linken, die Herren zur Rechten. Direktor Haack trat an die Name und sprach ausdrücklich den nachstehenden Prolog von Oskar Eßner:

Wer einen Gast erwartet, schmücket sein Haus
Und sucht es seiner würdig zu bereiten;
Er breitet drin der Gaben Fülle aus,
Wie es gewesen seit der Väter Zeiten.
Der Hausherr und die Seinen harren dann
Des Gastes, der die Ladung angenommen,
Und grüßen ihn in ihres Hauses Bann
Mit einem freudig herzlichen „Willkommen!“
So haben wir auch unser Haus geschmückt,
Die wir der Kunst, der hohen Göttin, dienen,
Und „Seid willkommen!“ rufe ich beglückt,
Die freundlich Ihr auf unsren Ruf erschienen.
Zwar blieb der Bau, wenn auch verschönt, sich gleich,
Die Räume sind, Ihr wißt ja, die alten,
Doch kann die ehrte Kunst, an Macht so reich,
Die Hütte selbst zur Königsburg gestalten!
Und das ist's, was mit Hoffnung uns erfüllt:
Der Glaube an die Kraft des ewig Schönen,
Den Bonn, aus dem das wahre Leben quillt

— Eine Mittheilung der „Elbers. Ztg.“, daß die preußische Regierung ihre Geneigtheit zu erkennen gegeben habe, das kürzlich erlassene Einführverbot für niederländisches, belgisches und luxemburgisches Kindvieh wieder aufzuheben, entbehrt, wie der „Reichsanzeiger“ schreibt, sicherem Vernehmen nach, jeder thatfächlichen Unterlage. Dass dieses Verbot nicht „voreilig“, sondern auf Grund sehr sorgfältiger und umfassender Ermittlungen erlassen wurde, ist anderweit u. A. durch die kürzlich veröffentlichten Verhandlungen der technischen Deputation für das Veterinärwesen bekannt worden.

— Wir reproduzierten neulich eine Korrespondenz der „Wes. Ztg.“, welche über einen Personenwechsel in den höheren Stellen der kaiserlichen Admiraalität berichtete. Anscheinend offiziös schreibt die „Nord. Alte. Ztg.“ mit Bezug auf diese Korrespondenz:

Der Inhalt läßt darauf schließen, daß dieselbe von einer mit den Verhältnissen der genannten Behörde unbefannten und denselben fern stehenden Persönlichkeit herrührt, denn einmal ist ein Personenwechsel wie der erwähnte nicht in Aussicht, und ferner ist die als wünschenswerth bezeichnete Trennung der Admirälat in militärische und technische Abteilungen unter je einem besonderen Vorstand bereits seit dem 1. Januar 1874 erfolgt. Der damit in Zusammenhang gebrachten Langsamkeit in der Ausführung der Marinebauten gegenüber kann nur hervorgehoben werden, daß, soweit die im Marineamt bewilligte Mittel gereicht haben, und so viel nicht allein die kaiserlichen Marinestaffeln, sondern auch alle größeren inländischen Privatwerften, denen aus besonderer Rücksicht, sowie zur Hebung der deutschen Industrie eine große Menge von Arbeiten übertragen sind, leisten könnten, auch ausgeführt ist, und daß, wenn dem Verfasser jenes Artikels die Fertigstellung der Bauten nicht rapide genug vor sich geht, dies lediglich auf die geringen Mittel und die noch nicht genügende Entwicklung der deutschen Werkstätten für Schiffsbau zurückzuführen sein dürfte.

Bei der wiederholten Berathung des Gesetzentwurfs über die Einverleibung Lauenburgs in der Freitagssitzung des Abgeordnetenhauses sagte Fürst Bismarck bekanntlich, er bedauere, daß das von ihm bei der früheren Leitung der Vorlage angeblich gebrauchte Wort „extrahieren“ so verleidet und verstimmt gewirkt habe; übrigens habe er das Wort „extrahieren“ im unvorrichtigen stenographischen Bericht nicht gefunden, und nehme nur auf die Glaubwürdigkeit des Herrn Dr. Birchow an, daß er es gebraucht. In dem amtlichen stenographischen Bericht über die Sitzung vom 5. April findet sich auf S. 93 nun aber wirklich jenes Wort. Die betreffende Stelle in der Rede Bismarcks lautet: „... von diesen Sozialisten wird der Herr Abg. Birchow sehr viel Beschwerden über die Missregierung in Lauenburg extrahieren können.“ Dieser Umstand wird von den fortchrittl. Blättern hervorgehoben.

— Der Kriminalsenat des Kammergerichts verhandelte am Freitag gegen den Redakteur der „Deutschen Landeszeitung“, M. A. Niendorf, angeklagt wegen mittels der Presse begangener Beleidigung. Die betr. Zeitung hatte nämlich über den Brand in der Erzemerischen Tabakfabrik ein Referat gebracht, welches sich verwundert darüber aussprach, daß seit dem Abgang des Branddirektors Scabell die Brände so große Dimensionen annähmen, und die Unordnung beim Löschwesen, die Nichtsperrung der Straßen und das „läufige“ Anfahren der Spritzen bei jedem Brande tadelte. Das Polizeipräsidium, als vorgesetzte Behörde des durch diesen Artikel beleidigten jegigen Kommandeurs der Feuerwehr, Hauptmann Witte, stellte einen Strafantrag, worauf der erste Richter, welcher die Beleidigung natürlich in dem Ausdruck „läufig“ sah, eine subjektive Schuld in sich fasse, erblickte, auf 60 M. Geldstrafe erkannte. Der Angeklagte appellierte hingegen, indem er auf den durch die Beweisaufnahme als thatfächlich festgestellten Umstand hinwies, daß die Spritzen damals wirklich langsam gefahren, daß die Bezeichnungen „langsam“ und „läufig“ in diesem Falle als identisch und, weil der Wahrheit entsprechend, nicht als beleidigend zu erachten seien. Hiergegen führte die Oberstaatsanwaltschaft aus, daß nach der Beweisaufnahme das Langsamfahren der Spritzen nur eine Folge der Versperrung der Straßen durch das angefahmene Publizum war. Die Bezeichnung „läufig“ enthalte aber den Vorwurf eines ungerechtfertigten Langsamfahrens. Wiewohl es nun auch als eine Pflicht der Presse erachtet werden könnte, öffentliche Einrichtungen und etwaige Münzfände zu kritisieren, so müsse dabei doch die Form gewahrt bleiben. Der Gerichtshof erkannte hierauf demgemäß auf Bestätigung der ersterkannten Strafe.

Bekanntlich ist die „Deutsche Reiche“ aus dem Besitz des Herrn Matthias in den des Geb. denz aus dem Besitz des Herrn Matthias in den des Geb. Reg.-Raths Wagners übergegangen. Zwischen dem Berliner und dem Käfer sind nun, angeblich wegen nicht vüntlicher Innehaltung der Zahlungsverpflichtungen durch den Letzteren, Differenzen entstanden, die sich ziemlich scharf auseinander haben müssen, denn jetzt verließ der Verlag der Correspondenz von Münzen und Heberberg mit Bezug auf Herrn Matthias ein Birkular, das etwas stark an die Interesse mit dem bekannten Eingang „Hierdurch warne ich Eder-

sames, und seine Gestaltungskraft ist offenbar nicht unbedeutend. Nicht geringeres Lob haben wir Frau Wekes zu spenden, dem weiblichen Komiker der Bühne, welche die Rolle der Gattin Bielefelds vorzüglich zur Geltung brachte. Die Gutmuthigkeit, Herzengang und Kleinstädtterei dieser Dame wirkte wahrhaft wohlthätig. Manchem Zuschauer wird bei dem Spiel der Künstlerin die Erinnerung an Fr. Heyland von der plattdeutschen Theatergesellschaft, die sich inzwischen aufgelöst hat, aufgestiegen sein. Die Soubretteurrolle der Posse, Helene Möbes, giebt keinen Maßstab für das Talent ihrer Darstellerin, Fr. Ebert, ab. Wir bescheiden uns deshalb mit der Notiz, daß die Künstlerin sich in heißen Situationen mit Decenz und Annuth bewegte, und wollen ihre späteren Leistungen abwarten. Die drei Studenten wurden durch die Herren Fr. a. d. r. i. c. h., Fr. i. c. e. und P. f. u. n. d. durchgängig angemessen dargestellt. Bei alledem ist eine Vervollkommenung der Vorstellung, soweit die einzelnen Kräfte in Betracht kommen, noch recht wohl möglich, und sie wird bei Wiederholungen gewiß eintreten. Eine erste Aufführung trägt immer, auch wenn die Vorbereitung die gründlichste war, Spuren nicht der Unfertigen aber doch bis zu einem gewissen Grad des Unvollständigen.

Durch die vorangegangenen Gründungsmomente wie nicht minder durch den häufigen und bei der Unzulänglichkeit der räumlichen Bühnenverhältnisse schwierigen Dekorationswechsel erlitt die Vorstellung eine Ausdehnung bis 11 Uhr. — Was den Zuschauerraum betrifft, so erscheint eine hellere Beleuchtung durch den Kronenleuchter wünschenswerth. Sollten die kleinen Stühle, deren Kleinheit allgemein bemerkte wurde, nicht provisorisch sein, so wird sich das Publikum erst daran gewöhnen müssen.

Eine Jugenderoberung Kaiser Wilhelms.

Aus dem letzten deutsch-französischen Kriege teilt das „Berl. Tageblatt“ nachstehende interessante Episode mit, welche unseres Wissens bisher noch nicht veröffentlicht worden: Für den Maire der Stadt Dijon war der 22. August 1870 ein heiliger Tag gewesen. Am selben waren nämlich die Preußen dort eingezogen, und da gab es alle Hände voll zu thun. Da wurde gegen Bequartierung und Requisition protestiert, und unaufhörlich mußte der schweifstiefende Maire bei der Hand sein, um Streitigkeiten zu schlichten und Uebelstände zu beseitigen. Der Abend sollte dem geplagten Beamten endlich Ruhe bringen. Da zu später Abendstunde klopfte es wieder an die Thüre seines Büros, und herein trat eine alte Dame mit glänzendem Sil-

mann u. s. w.“ erinnert. Herr Matthias wird mit dem heutigen Tage eine neue Correspondenz herausgeben, während die „D. R. C.“ in unveränderter Weise weiter erscheint, und zwar, wie ihr jetziger Besitzer ziemlich unverblümmt andeutet, nicht ganz ohne Beziehungen zum Fürsten Bismarck. Wenn wir nicht irre, bemerkte der „Bres. Cour.“, hat der Kanzler einmal vertraulich gesagt, daß sich „anständige Leute“ nicht dazu hergäben, für ihn und seine Intentionen in der Presse Propaganda zu machen. Nun, in diesem Falle könnte er, auf jene Neuherfung verweisend sagen: „Quod erat demonstrandum“.

— Der Hausswirth macht sich, nach einem Erkenntnis des Ober-Tribunals vom 31. März d. J., des Haussfriedens, es schuldig, wenn er wider den Willen des Miethers in die vermietete Wohnung eindringt. Dieses Vergehen macht sich der Wirth selbst dann schuldig, wenn er die wohlgebrüderliche Besorgniß hat, daß der Nutzungsberechtigte die gemietete Wohnung mißbraucht. „Die Wohnung“ führt das Erkenntnis des Ober-Tribunals aus, „steht unter dem Schutz des Haussfriedens, Art. 6 der Verfassungs-Urfunde. Das Gesetz vom 12. Februar 1850 gestattet davon nur wenige Ausnahmen. Keine derselben gibt dem Eigentümer das Recht, wider den Willen des Miethers in die vermietete Wohnung einzudringen. Nach der Natur der miethweisen Einräumung einer Wohnung ist daher der Vermieter verpflichtet, wo er ein rechtliches Interesse an dem Betreten derselben hat, bei einer Verweigerung des Miethers die Entscheidung und Hilfe des Richters in Bezug auf seine Berechtigung und den Zeitpunkt der Besichtigung anzurufen.“

— Am 24. März c. wurde hier bekanntlich im Saale des Handelsministeriums die 10. General-Versammlung des vaterländischen Frauenvereins abgehalten, welcher am 23. auf Anordnung der Kaiserin-Königin eine Delegirten-Versammlung vorausging und am 26. vertrauliche Besprechungen der Delegirten in Bezug auf die Frage, wie die Beziehungen mit den süd- und westlichen Landesvereinen belebt werden sollen, folgten. Der ausführliche Bericht darüber ist durch die Buchdruckerei der „Post“ — Käyser u. Co., Zimmerstraße 96 — zu beziehen. Derselbe ist für Alle, die sich über diesen Gegenstand unterrichten wollen, von hohem Interesse. Der vaterländische Frauenverein wurde am 11. November 1866 aus den weiblichen Hülfsvereinen des preußischen Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger gebildet. Die Aufgabe derselben ist eine doppelte: im Kriegszeiten richtet er seine Thätigkeit unter der Oberleitung des preußischen Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger, aber unter der Fortdauer seiner eigenen Organisation auf die gesammte Fürsorge für die im Felde verwundeten und Erkrankten, indem er alle dazu dienenden Einrichtungen fördert und unterstützt; in Friedenszeiten hat er die Depotbestände des erwähnten Pflegevereins zu verwalten. Außerdem hat er sich verpflichtet, direkt oder durch seine Zweigvereine für zwei besondere Zwecke zu arbeiten: 1) bei außerordentlichen Notständen, welche in irgend einem Theile des Vaterlands durch ansteckende Krankheiten, Theuerung, Überschwemmung oder auf andere Art eintreten, augenblicklich Hilfe zu leisten; 2) bei allen Aufgaben und Unternehmungen sich zu beteiligen, welche die Kinderung schwerer Notstände im Auge haben, z. B. bei der Förderung der Krankenpflege durch Ausbildung von Pflegerinnen, durch Herstellung neuer und Verbesserung bestehender Krankenhäuser, durch Mithilfe bei der Vorbereitung von Reserve Lazaretten u. s. w., ferner bei der Gewährung von Arbeitsgelegenheit, bei der Förderung von Waisenanstalten, bei der Pflege verwahrloster Kinder u. s. w. Der Verein hat gegenwärtig 383 Zweigvereine, von denen 23 auf deutsche Gebiete außerhalb Preußens, die übrigen auf das engere Vaterland kommen. Dieselben zählen 25,383 ordentliche und 6,888 außerordentliche Mitglieder und hatten am Schlus des letzten Jahres einen Kassenbestand von 460,931 M. pro 1876. Der Hauptverein hatte einen Kassenbestand von 232,405 M., so daß das disponible Vermögen des Gesamtvereins sich auf 693,336 M. belief. In der Eingangs erwähnten Delegirtenversammlung der zum Verband der deutschen Frauenvereine gehörenden Landesvereine wurde von den zur Besprechung gestellten 4 Punkten vorangewiesen der dritte (die Belebung der Beziehungen zu den süd- und westdeutschen Landesvereinen) diskutirt. Auch in der vertraulichen Konferenz, welche der General-Versammlung folgte, war dieser Punkt Hauptgegenstand der Besprechung. Die Ansicht der Konferenz sprach sich einstimmig dahin aus, daß die weitere Verfolgung dieses Zwecks dem deutschen Verbandstage obliege, der nach den Beschlüssen des frankfurter Verbandstages vom Oktober 1874 im nächsten Herbst zu erfolgen habe.

Creuzburg, 2. Mai. In dem Dorfe Kuhna, Kreis Creuzburg, ist der staatstreue Pfarrer Grünnastel angestellt. Als derselbe gestern Abend um 9 Uhr nach Hause gefahren kam, fiel ein Schuß, der zum Glück aber sein Ziel verfehlte. Der Pfarrer requirte polizeiliche Hilfe aus Creuzburg; die vorgenommenen Haussuchungen haben aber zunächst ein positives Ergebnis nicht geliefert. Die Aufregung ist sowohl in Kuhna als auch hier eine außerordentliche. Es freut

berhaar und mit dem kleinen Schnurrbart unter der Nase, den man so oft bei französischen Matronen trifft. Der Maire fragte Madame Barnier, die angebene Dame des Ortes, nach ihrem Verlangen. Madame Barnier bat um noch einige Offiziere zur Einquartierung da sie statt der ihr angefangen 21 Herren nur 20 bekommen hatte. „Es liegt mir daran die Zahl voll zu haben“, bemerkte sie mit einem eigenhümlichen Lächeln. Der Maire versprach ihr, einen Dragoner-Lieutenant, der soeben gegen sein schlechtes Quartier protestiert hatte, sofort zu senden. Madame Barnier war eine hochbetagte Wittwe, eine Patrixierin der Stadt. Französin durch und durch, aber ihr Haus wollte sie voll haben, als die ersten Preußen kamen, über elf Zimmer konnte sie verfügen, zehn mit zwei Betten, eins mit einem Bett, ein Quartier für 21 Mann, daran sollte, daran durfte Niemand fehlen, und das Alles — zu Ehren des Königs von Preußen. Während ihres Besuches beim Maire hatten sich im großen Speisesaal der unteren Etage die 20 Offiziere verschiedener Truppengattungen versammelt, um das Diner um 7 Uhr Abends gemeinschaftlich einzunehmen. Auch der einundzwanzigste Gast, der Dragoner-Lieutenant, erhielt bald und nahm vor dem valanten Couvert seinen Platz. Das Diner war opulent, eine Delikatesse löste die andere ab, von Kriegsnahrung keine Spur. Auch die Unterhaltung war keine kriegerisch gedrückt; Madame Barnier gab dazu den Ton an. Die Offiziere sprachen sich in Lobeserhebungen über ihre herrlichen Quartiere aus, und waren daher nicht wenig erfreut, als Madame Barnier sie um eine Unterkunft bittete. Frau B. löste indefens bald die Bestellung der Offiziere; sie bemerkte nämlich, daß sie nicht wisse, wer das Zimmer mit dem einen Bett in Besitz hat, genommen habe, und der etwaige Inhaber desselben einer seltenen Auszeichnung, einer großen Bevorzugung sich rühmen könnte und er an seinem Quartier in Dijon noch lange diente und stolz davon erzählten werde. Jeder wollte nun wissen, was dahinter stecke. Madame Barnier nahm darauf einen großen Teller mit Kundenmitteln und sagte: „Meine Herren, ich werde diesen Teller herumgeben lassen, er enthält genau 21 Stücke, in einem derjenigen ist eine Bohne; wer die Bohne bekommt, wird Bohnenkönig und bezieht das Zimmer.“ Das Erstaunen der Gesellschaft wuchs von Minute zu Minute. Der Teller war noch nicht um den Tisch herum, als Lieutenant R., Reserve-Offizier aus Hinterpommern triumphierend ausrief: „Die Bohne, die Bohne!“ Man gratulierte, man lachte, man scherzte über die zu erwartende Lösung des Geheimnisses. Dann trennte man sich und erholt sich von einem großen Tagesmarsche und von einer sehr reichlichen Mahlzeit mit vielen Champagner. Am anderen Morgen wurde Lieutenant R. von allen Seiten neugierig aufgesucht und nach seinen Erlebnissen der Nacht befragt; derselbe antwortete unwillig, daß er schlecht geschlafen, wüst geträumt, zuletzt noch den Revolver herausgeschaut und vor seinem Bett gelegt habe. Die Lösung kam bei Djeuner, wo die ganze Gesellschaft wieder um Frau Barnier versammelt war. „Mein Herr“, sagte heiter die Wirthin zum Lieutenant R., „wie haben Sie diese Nacht verbracht in dem Zimmer, das vor nunmehr 57 Jahren Ihr

ie „Schles. Ztg.“ konstatiren zu können, daß schlichte katholische Gemeindemitglieder sich mit größter Entrüstung über dieses ruchlose Attentat aussprechen.

Aus Westpreußen, 30. April. [Polnisch-Landwirtschaftliche Verein für Szerben (Kr. Schwedt) und Umgegend zählt 29 Mitglieder. Der Verein hält am zweiten Sonntag eines jeden Monats seine Sitzungen ab. Organe des Vereins sind: der fulmer „Brzydziel ludu“, der „Gospodars“ und der „Dredownit“. — Eine ganz sachgemäße landwirtschaftliche Lektüre, namentlich was den „Brzydziel ludu“ und den „Dredownit“ anbetrifft! Und dabei fallen die in Rede stehenden Vereine sich durchaus nicht in Politik befassen, wie von gewisser Seite behauptet wird!]

Königsberg i. Pr. 1. Mai. Wie die „Königsb. Hart. Ztg.“ meldet, ist das Resultat der schon erwähnten in voriger Woche im Wahlkreis Königsberg - Fischhausen stattgehabten Reichstagssitzung, daß lediglich dem Umstande zuzuschreiben, daß eine erhebliche Zahl liberaler Wähler, gegen die vorige Reichstagssitzung nicht weniger als 900, am Wahltage fehlten. Der Wahlkreis war von 1867-1873 stets durch einen Konkurrenz (v. Hüleßem) im Reichstag vertreten, und nur bei den letzten Wahlen im Januar 1874 gelang es, den Kandidaten der Liberalen, Herrn Siegfried durchzubringen. Am 10. Januar 1874 wurden 8594 Stimmen abgegeben, von denen Siegfried 4326, v. Hüleßem 3912 erhielt. Hoffentlich wird die jetzt von den Liberalen erlittene Scharte demnächst ausgeweitet!

Iserlohn, 30. April. [Die Erdbevölkerung in Iserlohn.] Der märkisch-westfälische Bergwerksverein hat in diesen Tagen eine Denkschrift veröffentlicht, welche, da ihre Angaben sich durchweg auf altenmäßige Schriftstücke stützen, wesentlich mit dazu beitragen kann, die vielen kursiven Annahmen über die wahren Ursachen der Erdbevölkerung in der sogenannten Lehmkufe von Iserlohn zu berichtigten. Das ausführlich jener Bergwerksverein an der Detrioration dieses Terrains die Schuld trage, wird ja theilweise direkt behauptet. Die Denkschrift geht in ihrem Eingange auf das Jahr 1838 zurück. Im Anschluß an dieselbe ist noch im Einzelnen nachgewiesen, daß trotz der Warnung des Bergbaumeisters Jakob mit Genehmigung der Stadtbehörde in der Lehmkufe trotz aller Proteste und Warnungen des Vereins zahlreiche Häuser erbaut sind. Ebenso wird der Beweis geführt, daß im Gegensatz zu leichtfertigen und verlämmischen Gerüchten der Bergbaubetrieb des Vereins sich stets in der gelegentlich ihm zustehenden Grenze gehalten hat. Zeigen wir das Fazit der Denkschrift, so ergiebt sich, daß nicht sowohl der märkisch-westfälische Bergwerksverein, sondern der allen Warnungen und Verlehrungen ungenügend gebliebene Magistrat von Iserlohn für die dortigen traurigen Zustände verantwortlich zu machen ist. Hätte der selbe den Rath des Bergbaumeisters Jakob in Betrieb der Anlage eines Abführungs-Kanals, zu dessen Kosten die Grubenbesitzer einen namentlichen Beitrag leisten wollten, so ständen heute die Dinge anders. Nach dem vorliegenden Promemoria hat der märkische Bergwerks-Verein in dem ganzen Konflikt nicht durchaus loyal gehandelt, sondern sogar eine Anzahl von Gebäuden erworben, deren Errichtung nach den Bestimmungen der 1854 und 1858 mit der Stadt abgeschlossenen Konventionen hätte unterbleiben müssen, und ferner wiederholt Schäden getilgt, von denen ohne genügenden Grund behauptet wurde, daß der Grubenbetrieb des Vereins sie verursacht haben könnte. — In dem Prozeß der katholischen Kirche zu Iserlohn gegen den märkisch-westfälischen Bergwerksverein hat der märkische Bergwerks-Verein in dem ganzen Konflikt nicht nur durchaus loyal gehandelt, sondern sogar eine Anzahl von Gebäuden erworben, deren Errichtung nach den Bestimmungen der 1854 und 1858 mit der Stadt abgeschlossenen Konventionen hätte unterbleiben müssen, und ferner wiederholt Schäden getilgt, von denen ohne genügenden Grund behauptet wurde, daß der Grubenbetrieb des Vereins sie verursacht haben könnte. — In dem Prozeß der katholischen Kirche zu Iserlohn gegen den märkisch-westfälischen Bergwerksverein hat der märkische Bergwerksverein in dem ganzen Konflikt nicht nur durchaus loyal gehandelt, sondern sogar eine Anzahl von Gebäuden erworben, deren Errichtung nach den Bestimmungen der 1854 und 1858 mit der Stadt abgeschlossenen Konventionen hätte unterbleiben müssen, und ferner wiederholt Schäden getilgt, von denen ohne genügenden Grund behauptet wurde, daß der Grubenbetrieb des Vereins sie verursacht haben könnte. — In dem Prozeß der katholischen Kirche zu Iserlohn gegen den märkisch-westfälischen Bergwerksverein hat der märkische Bergwerksverein in dem ganzen Konflikt nicht nur durchaus loyal gehandelt, sondern sogar eine Anzahl von Gebäuden erworben, deren Errichtung nach den Bestimmungen der 1854 und 1858 mit der Stadt abgeschlossenen Konventionen hätte unterbleiben müssen, und ferner wiederholt Schäden getilgt, von denen ohne genügenden Grund behauptet wurde, daß der Grubenbetrieb des Vereins sie verursacht haben könnte. — In dem Prozeß der katholischen Kirche zu Iserlohn gegen den märkisch-westfälischen Bergwerksverein hat der märkische Bergwerksverein in dem ganzen Konflikt nicht nur durchaus loyal gehandelt, sondern sogar eine Anzahl von Gebäuden erworben, deren Errichtung nach den Bestimmungen der 1854 und 1858 mit der Stadt abgeschlossenen Konventionen hätte unterbleiben müssen, und ferner wiederholt Schäden getilgt, von denen ohne genügenden Grund behauptet wurde, daß der Grubenbetrieb des Vereins sie verursacht haben könnte. — In dem Prozeß der katholischen Kirche zu Iserlohn gegen den märkisch-westfälischen Bergwerksverein hat der märkische Bergwerksverein in dem ganzen Konflikt nicht nur durchaus loyal gehandelt, sondern sogar eine Anzahl von Gebäuden erworben, deren Errichtung nach den Bestimmungen der 1854 und 1858 mit der Stadt abgeschlossenen Konventionen hätte unterbleiben müssen, und ferner wiederholt Schäden getilgt, von denen ohne genügenden Grund behauptet wurde, daß der Grubenbetrieb des Vereins sie verursacht haben könnte. — In dem Prozeß der katholischen Kirche zu Iserlohn gegen den märkisch-westfälischen Bergwerksverein hat der märkische Bergwerksverein in dem ganzen Konflikt nicht nur durchaus loyal gehandelt, sondern sogar eine Anzahl von Gebäuden erworben, deren Errichtung nach den Bestimmungen der 1854 und 1858 mit der Stadt abgeschlossenen Konventionen hätte unterbleiben müssen, und ferner wiederholt Schäden getilgt, von denen ohne genügenden Grund behauptet wurde, daß der Grubenbetrieb des Vereins sie verursacht haben könnte. — In dem Prozeß der katholischen Kirche zu Iserlohn gegen den märkisch-westfälischen Bergwerksverein hat der märkische Bergwerksverein in dem ganzen Konflikt nicht nur durchaus loyal gehandelt, sondern sogar eine Anzahl von Gebäuden erworben, deren Errichtung nach den Bestimmungen der 1854 und 1858 mit der Stadt abgeschlossenen Konventionen hätte unterbleiben müssen, und ferner wiederholt Schäden getilgt, von denen ohne genügenden Grund behauptet wurde, daß der Grubenbetrieb des Vereins sie verursacht haben könnte. — In dem Prozeß der katholischen Kirche zu Iserlohn gegen den märkisch-westfälischen Bergwerksverein hat der märkische Bergwerksverein in dem ganzen Konflikt nicht nur durchaus loyal gehandelt, sondern sogar eine Anzahl von Gebäuden erworben, deren Errichtung nach den Bestimmungen der 1854 und 1858 mit der Stadt abgeschlossenen Konventionen hätte unterbleiben müssen, und ferner wiederholt Schäden getilgt, von denen ohne genügenden Grund behauptet wurde, daß der Grubenbetrieb des Vereins sie verursacht haben könnte. — In dem Prozeß der katholischen Kirche zu Iserlohn gegen den märkisch-westfälischen Bergwerksverein hat der märkische Bergwerksverein in dem ganzen Konflikt nicht nur durchaus loyal gehandelt, sondern sogar eine Anzahl von Gebäuden erworben, deren Errichtung nach den Bestimmungen der 1854 und 1858 mit der Stadt abgeschlossenen Konventionen hätte unterbleiben müssen, und ferner wiederholt Schäden getilgt, von denen ohne genügenden Grund behauptet wurde, daß der Grubenbetrieb des Vereins sie verursacht haben könnte. — In dem Prozeß der katholischen Kirche zu Iserlohn gegen den märkisch-westfälischen Bergwerksverein hat der märkische Bergwerksverein in dem ganzen Konflikt nicht nur durchaus loyal gehandelt, sondern sogar eine Anzahl von Gebäuden erworben, deren Errichtung nach den Bestimmungen der 1854 und 1858 mit der Stadt abgeschlossenen Konventionen hätte unterbleiben müssen, und ferner wiederholt Schäden getilgt, von denen ohne genügenden Grund behauptet wurde, daß der Grubenbetrieb des Vereins sie verursacht haben könnte. — In dem Prozeß der katholischen Kirche zu Iserlohn gegen den mär

Grade besaßen und binnen kurzer Zeit die Zustände des Landes von der eingerissenen Stützung und Fäulnis zu säubern wußten. Wie das Blatt erfährt, hat, um die in unserer Regierung entstehende Lücke möglichst auszufüllen, hier der Gedanke einer weiteren Vereinigung der obersten Regierungsbehörde sich Bahn gebrochen, indem zwei der gegenwärtig noch bestehenden Ministerien vereinigt werden sollen, wogegen in eines derselben, das Justizministerium, noch ein Rath berufen würde. Unsere Ministerien des Innern und der Justiz waren schon früher vereint, ohne besonderen Schaden für beide Verwaltungs- zweige. Das Jahr 1848 führte eine Trennung derselben aus äußeren Gründen herbei. Als für jeden Posten eines Rates im Justizministerium in Aussicht genommen wird der dalmatische Präsident der Zweiten Ständekammer, Obergerichtsrath Görz in Mainz, genannt.

Frankreich.

Paris., 29. April. Gestern stand vor dem hiesigen Kriegsgericht wieder ein Aufrührer von 1871, ein gewisser Merlet, der 1873 in contumaciam verurtheilt worden und vor einiger Zeit in die Hände der Justiz gefallen war. Merlet war Capitaine Adjutant-Major im 157. Bataillon der pariser Nationalgarde. Gewöhnliche Verbrechen oder Vergehen hatte er sich nicht zu Schulden kommen lassen, und war nur wegen Ausübung eines Kommandos zur Deportation in einen befestigten Ort verurtheilt worden. Da der Angeklagte ein fleißiger Arbeiter und sorgfältiger Familienvater war, gegen den sonst nichts vorlag, so erklärte die vom Kommandanten Romain vertretene Staatsbehörde sich für die Zulassung von mildernden Umständen; das Kriegsgericht jedoch ging hierauf nicht ein und das erste Urtheil, also die „Deportation in einen befestigten Ort“, wurde aufrecht erhalten. — Das „Journal de Paris“, das seit 1867 bestehende Organ der Orléanisten, ist heute zum letzten Male erschienen. Es gibt als Grund für sein Eingehen den Misserfolg der konstitutionellen Monarchie an. In Wirklichkeit verschwindet es, weil der Herzog v. Almalo, dessen Organ der „Soleil“ ist, kein Geld mehr hergeben will, um ihm das Dasein zu fristen. Der Herzog entzweite sich mit seinem Neffen, dem Grafen von Paris, weil derselbe sich gar zu klerikal und legitimistisch gebeugt und den Wünschen seines ausgezeichneten Vaters, des Herzogs von Orléans, zu wider die Überlieferungen der Familie vollständig aufgegeben hat. Der Herzog von Almalo hat zwar auch vielfach gegen dieselben gesündigt, doch ohne den von Vater und Großvater eingepflanzten Gesinnungen so offen unterzuwerfen wie der Graf v. Paris.

Paris., 30. April. Die gestrige Abstimmung des preußischen Landtags erregt, obgleich sie nicht unerwartet kommt, hier eine gewisse Aufregung. Blätter von so ganz verschiedener Gesinnung, wie z. B. die „République Française“ und die legitimistische „Gazette de France“, äußern sich, wie der „A. B.“ von hier berichtet wird, über den Gegenstand in fast identischer Weise: sie alle erläutern das Ergebnis des Votums für einen bedeutenden Erfolg des Herrn v. Bismarck und sprechen den Glauben aus, daß eine weitere Zentralisation der deutschen Eisenbahnverwaltung unter der Regie des Reiches nicht zu vermeiden sei. Dabei betonen sie vor Allem den strategischen Gesichtspunkt und vertiefen sich in Betrachtungen darüber, daß Deutschland künftig im Stande sein werde, seine Truppen mit einer bisher nicht erreichten Geschwindigkeit zu bewegen. Eine gewisse Unbehaglichkeit darüber, daß ein solches Instrument in „die Hände des Herrn v. Bismarck“ — denn der Reichskanzler ist immer derjenige, auf den hier Alles bezogen wird — gelegt werde, ist nicht zu verkennen.

Paris., 30. April. Beinahe sämtliche hiesige Blätter greifen Professor Mommsen wegen seiner in Rom auf dem von der Accademia dei Lincei am 23. d. M. zu Ehren des Grafen Molte veranstalteten Banket gehalteten Rede äußerst heftig an. Da ein authentischer Text dieser Rede in den italienischen Blättern nicht vorliegt, so basten die französischen Journale ihre Angriffe auf unvollständige, ersichtlich tendenziös gefärbte Mitteilungen ihrer römischen Korrespondenten. Der „Français“ nennt Molte und Mommsen mit hochkomischer Verachtung „zwei germanische und heut ultragermanistische Dänen“ und dem Geschichtsschreiber Noms wird außerdem noch von dem klerikalen Blatte „schlechte Erziehung und ein mißrischer, verbitterter, impertinenter, brutaler Patriotismus“ vorgerückt, der ihn „zum unangenehmsten aller Gesellen mache“. Mommsen, heißt es dann weiter, vertrete mit Sybel,

v. Moser, Hugo Müller, Julius Rosen, H. Wilken u. verfaßt. Die meisten seiner Posen sind als Repertoirestücke über alle deutschen Bühnen gegangen. So z. B.: „500.000 Teufel“, die in Berlin nahe an 400 Aufführungen erlebt, „Spillite in Paris“, „Der Postillon von Münchberg“, „Die Gallochen des Glücks“, „Rückblick“, „Das Mädel ohne Geld“ u. c. Von den einaltigen Blueten hatten namentlich „Singvögelchen“, „Beckers Geschichte“ und „Bei Wasser und Brod“ einen ungewöhnlichen Erfolg. — Wünschen wir dem ebenso fleißigen, wie talentirten Autor, der trotz der „20 Jahre“ von seiner ursprünglichen Frische nichts eingebüßt hat, auch für die ferneren Produktionen das beste Glück.

* **Berunglückte Ballonfahrt.** Neben einer Ballonfahrt, welche der noch junge Luftschiffer Dartois in Begleitung seines Associe und eines Handelsagenten aus Lemans von dieser Stadt aus vor einigen Tagen machte, melden französische Blätter: Dartois stieg mit seinem Ballon gegen halb 5 Uhr in Lemans auf. Etwa eine Stunde später sahen die Einwohner von Bonnetable den Ballon, von einem ziemlich heftigen Westwind getrieben, in der Richtung auf Beauvais ziehen. Der Ballon ging zunächst über die Hügel, die das Sarthethal einschließen, und passierte die Eisenbahlinie Marmers-St.-Calais; dann wurde er durch den Wind in das Ornethal getrieben, zog über Bonnetable hin in der Richtung auf den naheliegenden Wald. Jetzt kam der Ballon in eine langsamere Bewegung, geriet in verhinderte Luftströmungen und hatte einige heftige Schwankungen auszuhalten, da der bis dahin vorherrschende Westwind sich an den Höhen der Haute-Basse brach. Nun wurde der Ballon wie von unsichtbarer Hand zurückgetrieben und nahm, indem er zum zweiten Male über Bonnetable hinauswabte, mit einer bedeutenden Geschwindigkeit seine Richtung auf Rouperoux, einen kleinen Flecken, nur 2 Kilometer von Bonnetable entfernt. Man hoffte auch auf eine glückliche Landung, und eine große Zahl von Zuschauern hielt sich bereit, den Aeronauten Hilfe zu bringen. Plötzlich, 15 Minuten nach 6 Uhr, fachte der Ballon ein heftiger Windstoß, er fiel mit erschreckender Schnelligkeit und durchlief in etwa 30 Meter Höhe eine beträchtliche Entfernung. Giebel stieß die Gondel so heftig auf einige Straßenpappeln, daß diese abbrachen, die drei Anjassen aber aus einer Höhe von 20 Metern auf die Erde herabstürzten. Unfähig, sich gegenseitig zu helfen, lagen die Berunglücker auf der Landstraße von Rouperoux, 4 Kilometer von diesem Flecken entfernt. Camille Dartois hatte den linken Oberarmen gebrochen und empfand heftige innerliche Schmerzen, außerdem hatte er bedeutende Kontusionen im Gesicht. Sein Theilhaber hatte zwar heile Glieder, fühlte aber ebenfalls in allen Körperftheilen sehr heftige Schmerzen und konnte nicht den leisesten Druck aushalten; man fürchtet für sein Leben. Der dritte Begleiter hatte das linke Bein oberhalb des Knöchels gebrochen, scheint aber sonst am wenigsten beschädigt zu sein. Der Ballon erhob sich nach dem unglücklichen Zusammenstoß wieder ein wenig, fiel dann aber bald von neuem und blieb schließlich ganz zerstört zwischen den Bäumen hängen.

Treitsche, Drohnen und vielen Anderen die „hafgeschwollene Wissenschaft“, dabei spreche er ein so elendes Italienisch, mischbare die Syntax und den Akzent dermaßen, daß keiner Niemand seine Rede verstanden hätte. Die „Opinion nationale“, um noch eine zweite Probe anzuführen, schreibt über denselben Zwischenfall:

Herr Mommsen hat von der französischen Wissenschaft mit Geringachtung und von der italienischen Wissenschaft mit Härte gesprochen. Es geschah freilich nur inter poca und ohne Zweifel um das Sprichwort: „In vino veritas“ Lügen zu strafen. Es sollte uns doch sehr wundern, wenn Herr Mommsen von der französischen Wissenschaft und ihren Vertretern wirklich so dachte, wie er sich geäußert hat. Wir kennen mehrere französische Gelehrte, welche Herr Mommsen vor Kurzem und sogar noch jetzt wiederholt mit tiefer Ergebenheit, sei es um ihre kostbare Mitarbeiterkraft, sei es um einen fachkundigen Rat oder sonstigen gelehrten Dienst anging oder noch angeht. Herr Mommsen ist in seinen Briefen gegen die Franzosen weniger streng als in seinen Briefen. Überhaupt können wir bei dieser Gelegenheit konstatieren, daß während man sich jenseits des Rheins zu unserm geistigen Verfalle Glück wünscht, unsere Gelehrten niemals aus deutschem Land mehr dientstfertige Wancen, mehr ergebene Zueignungen von Büchern, Flugs- und Denkschriften erhalten haben. Die äußerliche Geringachtung und die private Kriecherei sind vielleicht nur der plumpen Ausdruck einer geist- und geschmacklosen Kofetterie.

Einer Depesche aus Brest zufolge ist zwischen le Conquet und der Insel Quessant das den Dienst versehene Postdampfschiff gestern um 4 Uhr untergegangen. Von vierundzwanzig Personen an Bord wurden nur drei gerettet. — Der Seinepräfekt, Herr Ferdinand Dubal, gab gestern im kleinen Luxemburgpalast dem berliner Polizeipräfekten, Herrn v. Madai und seiner Begleitung ein Dejeuner, zu welchem der Polizeipräfekt Boisin, der oberste Leiter der städtischen Bauten und Anlagen, der Generalsekretär der Seine-Präfektur u. a. geladen waren. Nach dem Dejeuner besichtigte Herr v. Madai in Gesellschaft seines Gastfreundes den Luxemburgpalast nebst seinem Museum, dem Sitzungssaale, des Gemeinderaths, dem ehemaligen Thronsaale, der Bibliothek und der Orangerie. — Das pariser Invalidenhaus hat einen seiner ältesten Insassen, Namens Gabriel, durch den Tod verloren. Derselbe hat ein Alter von 96 Jahren erreicht. Er war ein Waffenbruder des republikanischen Generals Desaix und hatte dann die Schlachten von Austerlitz, Aspern, Wagram und den russischen Feldzug mitgemacht. Er war Ritter der Ehrenlegion.

Rußland und Polen.

Petersburg., 30. April. In den Verhandlungen der General-Gouverneure werden verschiedene neue Maßregeln über die Stellung der Juden in Berathung gezogen. Es soll die Unterstellung der zu den Landbauern zählenden Juden unter die allgemeinen für den Ackerbaustand bestehenden Gesetze beabsichtigt werden. Schon mehrmals wurde die Verwirklichung derartiger Reformen in Aussicht gestellt, allein bis jetzt ist man bei den Verhandlungen stehen geblieben. — Es besteht die Absicht, die Quarantaine von Odessa nach Sebastopol zu verlegen, überhaupt letzteren Ort zum Zentralquarantineplatz für das Schwarze Meer zu gestalten. — Man trägt sich hier mit der Absicht um, für Schülerinnen der weiblichen Gymnasien eine gleichartige Kleidung, eine Art von Uniform, einzuführen, angeblich deshalb, um eine bessere Aufsicht über die Schülerinnen außerhalb der Schulzeit zu ermöglichen. Es ist zu bedauern, daß auf dem Gebiete des russischen Unterrichtswesens ein die Interessen der Bildung und Wissenschaft schädigender Formalismus sich breit macht.

Parlamentarische Nachrichten.

* **Berlin.**, 1. Mai. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich gestern mit den Vorlagen wegen Ankaufs der Eisenbahn-Halle-Kassel und wegen der Zinsgarantie für die Strecke Halle-Saara-Guben. Diese letztere Vorlage rief eine lange und ziemlich heftige Debatte hervor. Der Abgeordnete Berger beantragt als Referent ihre Ablehnung, dagegen verlangte der Korreferent Stengel die Annahme des Entwurfs, wollte aber die Mittel nicht durch Garantie, sondern durch Staatsvorschüsse beschaffen. Die Regierungs-Kommittarien suchten die Vorlage nach allen Richtungen zu beleuchten und zu befürworten, worauf schließlich die Annahme

* **Die Garderobe Pius IX.** Alle Gewänder des Papstes bestehen entweder aus weißem oder rotem Tuche. Pius der Neunte braucht im Jahre fünf weiße Soutanen, denn als leidenschaftlicher Schnupper macht er sein Oberkleid sehr rasch schmutzig. Jede Soutane kostet 400 Francs. Sein rother Mantel, den er alle Jahre nur einmal wechselt, kostet 800 Francs. Die seidenen Strümpfe liefert Sr. Heiligkeit ein belgisches Haus um 80 Francs das Paar; dagegen liefert ihm das Pantofeln, welche ein Gegenstand der Beachtung für die ganze Christenheit sind, eine römische Firma. Die Pantoffeln wechselt Sr. Heiligkeit jeden Monat einmal. Man schägt ein gewöhnliches Paar mit gestickten Kreuzen auf 120 Francs. Es gibt aber auch solche mit eingefügten Brustkreuzen im Werthe von 1.000.000 Francs. Die alten abgelegten Kleider und Beichtheilungen des Papstes werden von den gläubigen Pilgern sehr thuer bezahlt. Es kommt aber auch vor, daß eine fromme Besucherin Sr. Heiligkeit das Käppchen, das er eben trägt, gegen ein neues, das sie mitbringt, eintauschen will. Früher bewilligte der Papst solche Wünsche gern; in neuerer Zeit soll er aber einmal gegen allzu stürmische Besucher geäußert haben: „Holla, die guten Leutchen wollen mir Kammerdiener erparren und mich ganz entkleiden!“

* **Straßburg.**, 28. April. Gestern waren viele Zuschauer auf dem Münsterplatz versammelt, um die Bildsäule eines Bischofs hinaufzurichten zu sehen, welche in eine der Nischen der Kaisergallerie des Münsters gestellt wurde. Gestern sind alle Nischen, welche mit Bischofsbildsäulen gestattet werden sollten, besetzt. Zu bemerken ist, daß diese Bildsäulen keine ersetzen, die in der Belagerung zerstört wurden; die Nischen waren seit der ersten Revolution leer, und schon lange beschäftigte man sich in den Werkstätten des Frauenhauses mit der Errichtung der vor Zeiten zertrümmerten Bilder. Gegenwärtig kann man in der Werkstatt des verstorbenen Graf mehrere Statuen von Bischofs, Engel u. s. w. sehen, welche dazu bestimmt sind, die Nischen des Münsters zu zieren. Bei dieser Gelegenheit sei beigegeben, daß unser betrauerter Bildhauer kurz vor seinem Tode eine andere Statue beendigte, welche bald aufgestellt werden kann: Es ist der römische Ritter, welcher ehemals den Giebel des zweiten Gebäudes des Frankenhauses zierete. Man wird sich erinnern, daß in einer Nacht des Bombardements von 1870 eine Bombe diesem Ritter, einem beinahe ebenso guten Freunde von Straßburg als der eiserne Mann, den Kopf abschlug; eine andere Bombe zerstörte ihn vollends. Man hob die Trümmer auf und Graf stellte die alte Bildsäule wieder her, welche der neuen, von gewissenhaften Künstlern angefertigten als Modell diente. Der neue sorgfältig nach dem alten modellierte Ritter bedarf noch der letzten Feile des Bildhauers, um auf der alten Säule des Frauenhauses, dem Münster gegenüber, wieder aufgestellt werden zu können. (Erf. Journ.)

derselben mit 11 gegen 3 Stimmen und einem Zusatz erfolgte, wonach die Staatsregierung die garantirten 5prozentigen Obligationen in 4½ prozentige konvertiret soll.

Am Mittwoch sollen Petitionen, und am Donnerstag und Freitag die Synodalverfassung das Haus beschäftigen. Wird die letztere, wie man hofft, an diesen beiden Tagen erledigt, dann würde am Sonnabend der Entwurf über die Am 18 sprache folgen. Auch in der nächsten Woche soll ein Tag für die weiteren Kommissionsberathungen freigelassen werden.

* Der Justizminister Dr. Leonhardt hatte, wie bekannt, beim Abgeordnetenhaus die strafrechtliche Verfassung des „Deutschen Eisenbahnen“ wegen eines Leitartikels „Korruption und Gründerthum“ beantragt. Das Haus überwies den Antrag des Justizministers an die Geschäftsförderungskommission zur Berberathung, und die Kommission erachtete es für angemessen, nicht ohne Weiteres durch einfache Ablehnung des Antrages die Sache zu erledigen, sondern es wurde beschlossen, schriftlichen Bericht an das Plenum erstatten zu lassen. Als Referent sollte der Abg. Fritz (Stendal) fungiren, der kürzlich zum Kreisgerichtsdirektor in Stendal ernannt worden ist und zufolge dieser Beförderung sein Mandat verloren hat. Die Kommission wird deshalb einen neuen Berichterstatter wählen. Ist zwar darüber kein Zweifel aufgekommen, daß der Antrag auf strafrechtliche Verfolgung zu verfügen sei, so soll doch wie man der „M. B.“ schreibt, auf Grund des Berichts im Plenum eine Debatte über die genannte Zeitung herbeigeführt werden (?). Man will klarstellen suchen, in wie weit bei dem Blatte des Herrn Joachim Gehls Personen thätig sind, die sich früher des Vertrauens in maßgebenden Kreisen zu erfreuen hatten oder die etwa noch jetzt mit diesem oder jenem Staatsmann Fühlung haben.

Lokales und Provinzielles.

Posen. 3. Mai.

* Dem Reichstagsabgeordneten Dr. von Niegolewski wird Gelegenheit geboten werden, für die Behauptungen, die er in seiner bekannten Rede im Reichstage am 9. Februar d. J. aufstellte, „daß in der Provinz Posen die Gesetze nach politischen Zwecken interpretirt würden“, daß überhaupt in der Provinz Posen eine willkürliche Behandlung der Gesetze stattfinde und mit der Amtsgewalt Mißbrauch getrieben werde, vor dem hiesigen Kreisgericht Beweise beizubringen, die er damals unter dem Schutz der Nedrefreiheit schuldig geblieben ist. Es ist nämlich gegen den verantwortlichen Redakteur des hiesigen ultramontanen „Dredownit“, Viktor Stawinski, welcher die Rede des Dr. von Niegolewski ohne die Gegenrede des Justizministers Dr. Leonhardt gebracht hatte, die Anklage wegen Verächtlichmachung der Anordnungen der Obrigkeit und wegen Beleidigung des hiesigen Staatsanwalts von Dresler auf Grund der §§ 131 und 187 des Reichsstrafgesetzbuches erhoben worden, und beschloß die Kriminalabtheilung des hiesigen Kreisgerichts, vor der diese Anklagesache heute zur Verhandlung kam, auf Antrag des Bertheiders, den Dr. von Niegolewski als Zeugen über die von ihm behaupteten Thaten zu vernnehmen, ebenso aber auch den Oberpräsidenten Günther um amtliche Auskunft über diese Thaten zu ersuchen. Näheres enthält unser Bericht „Aus dem Gerichtssaale“.

Wie aus Gnesen gemeldet wird, ist der dortige Staatsanwalt Perkuhn zum Regierungsrath ernannt worden. Leider wird nicht berichtet, bei welcher Bezirksregierung. Bekanntlich wurde vor einiger Zeit die Nachricht verbreitet, daß Herr Perkuhn zum Nachfolger des gegenwärtigen Diözesanverwalters des Bistums Gnesen in Aussicht genommen sei. Möglicherweise ist seine jetzige Ernennung zum Regierungsrath ein vorbereitender Schritt dazu. Für wahrscheinlicher jedoch halten wir, daß Herr Perkuhn an ein Regierungskollegium versetzt werden wird. Sichere Auskunft hierüber würde uns sehr erwünscht sein.

— Über Herrn v. Chelmicki, dessen Leiche am 11. v. M. von der Oder bei Masselwitz ans Land geschwemmt wurde, enthält eine Korrespondenz des „Dredownit“ aus dem Kreise Krötschin nähere Mitteilungen, denen wir Folgendes entnehmen.

Sobald die Familie des Herrn v. Ch. davon hörte, daß ihr Angehöriger bei Breslau aufgefunden sein sollte, begab sie sich nach Breslau, wo die Leiche des Verstorbenen ausgegraben und relogosiert wurde. Der Sohn des Herrn v. Ch., sowie sein Vetter Herr Schröder aus Skalow erkannten den Verstorbenen sofort an einigen Narben.

(Fortsetzung in der Beilage.)

* **Ein brennender Christus.** Ein lebendes Bild in der Kirche dürfte immerhin zu den Seltenheiten gehören. Ein solches kam gleichwohl am Karfreitag 1876 zu Soncino nicht weit von Cremona zur Schaustellung. In der Grufkapelle dafelbst war nämlich eine Art Grab errichtet und mit Blumengewinden, weißen Tüchern u. behangen. In oder richtiger auf demselben lag eine abgebrühte Mannsfigur, die den toten Christus vorstellen hatte. Ein schwarzer Schleier lag über sie, gebreitet, ließ aber deutlich genug erkennen, daß das Individuum kein anderes Kostüm trug, als Räuberater Adam vor dem Sündenfall. Das war um so leichter zu erkennen, als neben dem Leichnam vier große Wachskerzen brannten. Als die Vorbereitungen vollendet waren, wurde die Thür geöffnet, und alsbald strömte eine Schaar Weiber und Kinder in die Kapelle, das heilige Grab zu sehen. Eines der Kinder trieb die Neugier immer näher und näher, und eine unvorstige Bewegung derselben warf einen der Leuchter um, dessen Kerze gerade auf den Schleier über dem „Leichnam“ fiel und ihn sofort entzündete. Im selben Augenblick aber machte der tote Christus mit beiden Beinen einen mächtigen Satz vom Grabe herab und fuhr, seine brennende Hölle zurißend, wie ein Pfeil durch die Reihen der entsetzt und sprachlos stehenden Weiber aus der Kapelle hinaus.

* **Trunkenheit unter Frauen.** In einer kürzlich abgehaltenen Generalversammlung der Friedensrichter der Grafschaft Middlesex, zu welcher auch der größere Theils Londons gehört, brachten die Friedensrichter des Korrektionshauses für weibliche Personen in Westminster die große und überhandnehmende Anzahl von Bestrafungen von Frauen für Trunkenheit zur Sprache und überreichte einen statistischen Ausweis, aus welchem der Stand und die Beschäftigung der im Jahre 1875 wegen Berges bestraften weiblichen Personen erheben. Es befinden sich darunter 850 Scheuerfrauen, 796 Nährinnen, 1333 Waschfrauen und Büglerinnen, 166 Dienstboten, 35 Nähmaschinistinnen, 30 Buchhalterinnen, 28 Blumenmacherinnen, 1796 hatten gar keine Beschäftigung und 100 waren Frauen einer respektablen Klasse (wie z. B. verheirathete Frauen in besseren Verhältnissen) und Frauen in unabhängiger Stellung. Im Ganzen wurden im Jahre 1875 nicht weniger als 5131 Personen weiblichen Geschlechts wegen Trunkenheit mit Gefängnis bestraft, und 3811 derselben waren rückfällig.

* **Zinne.** [Ein Staatsanwalt verurtheilt.] Der königliche Staatsanwalt hier wurde wegen Ehrenbeleidigung einer Friseurin zu einer Geldbuße von 30 fl. verurtheilt.

einem Male auf der Hand, an zwei Zahnlücken, ferner an seinem Siegelringe, seiner Uhr und seinen Kleidern. Am 20. v. M. wurde der Leichnam auf der Bahn nach Koschmin überführt und von dort nach der Kapelle zu Serafino in der Parochie von Mokronos bei Koschmin gebracht. Dort blieb die Leiche bis zum 23. v. M., an welchem Tage sie nach Mokronos gebracht und daselbst in dem Erbbegräbnis der Familie v. Chelmicki beigesetzt wurde. Das Grabgeleite bestand aus einer zahlreichen Menge von Leidtragenden ohne Unterschied der Nationalität; 6 Geistliche, eine Anzahl von Schülern und viele Landleute, bei denen Herr v. Ch. sehr beliebt war, folgten dem Sarge, der fast eine halbe Meile weit von einigen Landleuten auf den Schultern getragen wurde. Wie dem "Dredowin" ferner berichtet wird, sollen sich sehr deutliche Anzeichen eines Mordes ergeben haben (?). Der Verstorbene war ein eifriger Förderer der polnischen Sache und hatte noch bei seinem letzten Aufenthalte in Posen ein Schreiben nach Hause gerichtet, worin er die Anweisung gab, daß alle Angehörigen seines Gutes sich zu der am 27. März in Koschmin abgehaltenen polnischen Volksversammlung begeben sollten.

r Personalien. Bei der vom 21. bis 24. April d. J. hier selbst abgehaltenen theologischen Prüfung haben die Kandidaten der Theologie Biehler aus Bingerau (Kr. Trebnitz), Krebs aus Albersdorf, Schröter aus Sardorf (Prov. Sachsen) das Zeugnis der Wahlbarkeit zu einem geistlichen Amt und der Theologie-Befähigung verliehen aus Nowy Targ die Erlaubnis zum Predigen mit dem Kandidaten-Prädikat erhalten.

r Die Auflösung der polnischen Wählerversammlung zu Lissa gibt dem "Dziennik Poznański" Berichtigung zu einem Leitartikel, in welchem er betont, daß diese Angelegenheit nothwendiger Weise von der polnischen Fraktion im Landtag zur Sprache gebracht werden müsse. Ferner erachtet es der "Dziennik" für unangebracht, daß sich auf der Wählerversammlung einige Anwesende erboten haben, den Polizeibeamten die Verhandlungen aus dem Polnischen in's Deutsche zu übersetzen. "Deni," sagt der "Dziennik," wir sind der festen Überzeugung, daß die Beamten für uns da sind und nicht wir für die Beamten; um so weniger müssen wir ihnen da, wo sie gegen das Gesetz handeln, Dienste leisten. Das sie aber gegen das Gesetz handeln, wenn sie polnische Verathungen nicht zulassen, das haben selbst deutsche Abgeordnete unlängst aus Anlaß der Interpellation des Herrn v. Lyskowsky ausführlich erörtert."

r Der Pferdemarkt in Gnesen, welcher am Montage stattfand, war sowohl von Verkäufern wie von Käufern sehr stark besucht. Es waren viele Händler aus Berlin, der Rheinprovinz, Bayern, Belgien und selbst aus Frankreich erschienen. Die Anzahl der angestriebenen Pferde betrug c. 4000, eine Anzahl, wie sie bis jetzt auf dem gnesener Pferdemarkt noch nicht erreicht worden ist. Montag Abends kam ein Extrazug von 40 Waggons mit Pferden aus Gnesen hier an, die dann mit den gewöhnlichen Zügen weiter befördert wurden. Außerdem trafen vorgestern und gestern mit jedem Zuge Pferde von dort hier ein. Kurzspurpferde wurden stark gesucht und mit Preisen bis zu 3000 M. bezahlt. Ebenso wurden auch von Landwirthen, welche wegen Futtermangels im Herbst viel Zugvieh verkauft hatten, viele Arbeitspferde angekauft. Die Preise schwankten im Allgemeinen zwischen 30 bis 3000 M. Das Bedürfnis an Eisenhänwagen war so groß, daß die in Gnesen vorhandene Anzahl nicht ausreichte. Die Zahl aller auf der Bahn verladenen Pferde darf auf weit über 1000 Stück veranschlagt werden. Viele waren nach Stargard, Breslau und Berlin bestimmt. Hornvieh war ziemlich viel aufgetrieben, der Handel darin schien aber zu stocken. Dasselbe gilt für Schwarzwiege. Der Krammarkt war diesmal sehr ausgedehnt, doch bemerkte man, daß viele Waaren wieder aufgeladen wurden.

r Feuerlöschversuche. In der Milch'schen Fabrik zu Jerswe wurden Dienstag Nachmittags mit dem Dickschen Extinktor Versuche angestellt, um zu prüfen, wie sich die Wirksamkeit desselben gegenüber einem dort befindlichen und mit der Pumpe in Verbindung stehenden Druckwerk verhält. Es waren zu diesem Behufe zwei gleiche Holzstöcke von 3 Meter Länge, 3 Meter Tiefe und 1½ M. Höhe errichtet worden, welche gleichzeitig in Brand gesetzt wurden. Als dieselben sich vollkommen in Brand befanden, wurde mit dem Löschpumpen vor gegangen. Mittels des Extinktors löschte ein Mann den einen brennenden Holzstock in 1 Minute 35 Sekunden, während 5 Mann in 1 Minute 45 Sekunden den anderen brennenden Holzstock bewältigten, und zwar setzten 4 Mann das Druckwerk in Bewegung, während ein Mann das Spritzenrohr führte. Die Wassermenge, welche dazu erforderlich war, um mittels des Druckwerkes das Feuer zu löschen, betrug mindestens das Zwanzigfache von der Wassermenge, die aus dem Extinktor verbraucht wurde. Es geht aus diesem Versuche unzweckmäßig die außerordentliche Verwendbarkeit des Extinktors bei ausbrechenden Bränden hervor. Derselbe erfordert geringe Arbeitskraft, löst mit einer sehr geringen Wassermenge, ist überallhin transportabel und stets schlagfähig.

r Zu Schiedsmännern sind im I. Quartal d. J. im Kr. Posen gewählt resp. wiedergewählt worden: der Lehrer Kleber in Glowno-Dorf für den III. Bezirk des Polizeidistrikts Posen, der Rentier Lüpke zu Posen für den IX. Bezirk der Stadt Posen, der Kaufmann Woytowski in Posen für den VI. Bezirk der Stadt Posen, der Wirtschafts-Inspektor Hanke in Neuhoff für den IV. Bezirk des Polizeidistrikts Owińsk in Stelle des Schiedsmanns Seeliger, der Kaufmann Tobias Braun in Posen für den V. Bezirk der Stadt Posen.

r Von der Provinzial-Feuer-Societät ist eine Prämie von 300 M. Demjenigen zugeschrieben, welchen der oder die Urheber der in der Nacht vom 13. zum 14. März d. J. in Dolzig auf den Grundstücken der Witwe Norberciak und des Wirths Czapula ausgebrochenen Brände dergleichen nachweist, daß die Thäter zur gerichtlichen Untersuchung und Bestrafung gezogen werden können. Kurze Zeit vor Ausbruch des Brandes war der Norberciak ein Drohbrief zugegangen, so daß der dringende Verdacht der Brandstiftung obwaltet. — Die kgl. Regierung hat ebenfalls eine Prämie von 300 M. ausgesetzt.

r In Betr. der Verwendung und Ausnutzung trichinenhaltiger Schweine hat die kgl. Regierung zu Posen unter Aufhebung des § 5 der Polizeiverordnung vom 7. April 1875 über die mikroskopische Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen auf Grund von § 11 des Gesetzes vom 11. März 1850 Folgendes verordnet: Es wird gestattet, das Abhäuten und das Entfernen der Borsten, so wie die freie Verwertung der Haut und der Borsten, das einfache Ausschmelzen und Auskochen des Fettes und die beliebige Verwendung desselben, die Verwendung geeigneter Theile zur Bereitung von Seife und Leim, die chemische Verarbeitung des ganzen Körpers, der Verkauf und Genuss des Fleisches, sofern dasselbe nur mit wenig Fäinen durchsetzt und nach vorheriger Zerkleinerung gar gekocht ist. Es wird dagegen verboten: der Verkauf und Genuss finnigen Schweinefleisches in ungekochtem Zustande und der Verkauf und Genuss stark finnigen Schweinefleisches überhaupt. Die nach der oben gestatteten Ausnutzung verbleibenden Reste des Kadavers sind durch Tränken mit Petroleum ungenießbar zu machen und zu vergraben. Zu widerhandlungen werden mit einer Geldstrafe von 3 bis 30 M. für jeden Kontraventionsfall oder bei Zahlungsunfähigkeit mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

s Zahlreiche Arbeiter aus unserer Provinz, welche sich nach dem Besten begeben hatten, um dort in Fabriken und bei Eisenbahnen Unternehmungen Arbeit zu suchen, fehlen gegenwärtig von dort hierher zurück. So trafen gestern etwa 30 derartige Arbeiter aus Berlin hier ein.

s Feuer. Gestern Mittags geriet in der Kantorowicz'schen Destillation auf Ostrowek der Spiritus in der Destillirblase in Folge Ledverdens in Brand. Es hätte dadurch leicht eine Explosion und ein bedeutendes Feuer entstehen können, wenn nicht ein dort beschäftigter Kommiss den Hahn der Blase alsbald geöffnet und sämtlichen Spiritus aus derselben in die Cybina hätte ablaufen lassen.

s Diebstähle. Von einem Schiffer wurde einem hiesigen Gerbermeister ein robustes Ruderzell zum Verkaufe angeboten, welches derselbe zwischen dem Schlachthause und der Eisenbahnbrücke aufgefischt haben will. Der Gerbermeister hielt das Fell an, da es mutmaßlich von einem Dachs herrührt, welcher neulich in Radogowo gestohlen worden ist. — Verhaftet wurde eine Maurerfrau, welche gestern Nachmittags in der Franziskanerkirche gebettelt und von einem Altar zwei Leuchter entwendet hat. — Ein Feilenhauer-Lehrling entlief in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai aus der Lehre und nahm dabei eine wollene Unterjacke mit, welche einem Gefellen gehörte. — Einem Gutsherrn wurde am Montage auf dem Bahnhofe in Gnesen, als er nach beendetem Pferdemarkt von dort abreisen wollte, ein Portemonnaie mit 180 M. aus der Tasche gestohlen.

s Personal-Veränderungen in der Armee. Prinz Wilhelm zu Sachsen-Weimar, Hobeck, Sec.-Lieut. im 2. Hess. Husar-Negts. Nr. 14, in das Hannover. Jäger-Bat. Nr. 10 verließ. Frbr. von u. zu Gilsa, Major à la suite des 2. Garde-Feld-Art.-Negts., in Folge seiner Anstellung als Intendant des Theaters zu Kassel, mit der Erlaubnis zum Tragen seiner bisherigen Uniform ausgeschieden. v. Arnswald II., Großherzog. Sächs. Oberstleut. a. D. mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des 5. Thüring. Inf.-Negts. Nr. 94 (Großherzog von Sachsen) aufgenommen.

r Aus dem Kreise Bromberg. 28. April. [Stand der Saaten.] Im pflanzbaften Witterung des März und der ersten Hälfte des April ist nach Aussagen kompetenter Landwirthe unseres Kreises der Saatenstand ein im Ganzen befriedigender und läßt auf eine ziemlich gute Ernte hoffen. Wenn auch hin und wieder Klagen über minder guten Stand der Winterarten laut werden, so sind dieselben da, wo keine Überflutung stattgefunden, nicht berechtigt. Mehr begründet sind die Klagen der Landwirthe, deren Feldmarken durch die Überflutung beeinträchtigt worden sind. Diese müssen freilich auf eine befriedigende Ernte verzichten, da sich erst jetzt, nachdem das Wasser von den Feldmarken größtentheils gewichen ist, die durch die Überflutung angerichteten Schäden in ihrem ganzen Umfange zeigen. Die Sommerarten werden nur verspätet und stellenweise gar nicht bestellt werden können. In der jetzigen für den Landwirth ohnehin schweren Zeit sind solche Kalamitäten doppelt fühlbar. — Behufs Ausführung des Reichs-Impfgesetzes vom 8. April 1874 ist unser Kreis in 18 Impfstationen eingeteilt. Das Impfgeschäft beginnt am 6. Mai.

s Kraustadt. 2. Mai. [Zur Kreistagswahl.] Die Freude des klerikalen "Kurier Poznański" über die Wahl eines "polnisch-katholischen" Kreisdeputirten dürfte dadurch noch mehr herabgestimmt werden, daß der zum Kreistagsdeputirten gewählte deutscher Bauer-gutsbesitzer Herr Dr. auf die einen guten Staatskatholik ist. Interessant ist, daß bei der Wahl fast am meisten polnische Wähler für Herrn Drauske und seinen Stellvertreter Herrn Stephan gestimmt haben, was dem klerikal Organen schwerlich Freude bereiten dürfte.

a Kosten. [Volkssbildungverein.] So wünschenswerth es vor einiger Zeit erschien, am hiesigen Orte einen Volkssbildungverein ins Leben zu rufen, der allem Antheile nach eine rege Belehrung vertrage, so ist seit der ersten Beschlusssatzung, die schon vor einigen Monaten erfolgte, leider bis heute noch nicht das geringste Lebenszeichen in die Öffentlichkeit gedrungen und deshalb bei Manchem der Gedanke wachgerufen worden, daß die Sache wiederum auf sich beruhen bleiben werde. Es erscheint deshalb wünschenswerth, daß die mit der Ausarbeitung der Statuten betraute Kommission recht bald ihre Arbeit beenden möchte.

s Lissa, 28. April. [Differenzen im Magistrat.] Man schreibt dem "Niederl. Anz." von hier unter vorstehendem Datum: Die Vermuthungen, daß es hier innerhalb der städtischen Behörden erhebliche Differenzen giebt, scheinen sich zu bewahrheiten. So viel man bis jetzt erfährt, haben die sämtlichen umbesoldeten Stadträthe dem Bürgermeister Neumann schriftlich erklärt, unter seinem Vorbit für die Folge sich nicht mehr an den Magistratsitzungen beteiligen zu wollen. Zwischen diesen Herren und den Stadtvorordneten herrscht vollständige Harmonie. In diesen persönlichen Verhältnissen scheinen uns auch die Gründe dafür zu liegen, daß die kommunale Vertretung dem Bürgermeister die Möglichkeit vertrage, ferner auf dem Städte Tage zu erscheinen; denn die angegebenen sachlichen Gründe für den Austritt der Stadt Lissa aus dem Städte Tage wollen uns durchaus nicht zutreffend erscheinen. Ned. d. Posener Ztg.)

s Pinne, 2. Mai. [Schulvorstandsnahmen. Naturspiel.] Der hiesige katholische Schulvorstand batte sich im Laufe der Zeit theils in Folge Verziehens zweier Mitglieder in andere Ortschaften, theils durch Amtsüberlegung fast gänzlich aufgelöst. Demzufolge stand heute Nachmittag um 4 Uhr im hiesigen Polizeibureau eine Schulvorstandswahl an, zu der sich die hiesigen Mitglieder der katholischen Schulsozietät ziemlich zahlreich eingefunden hatten. Es gingen mit großer Stimmenmehrheit aus der Wahlurne hervor die Herren: Ackerbürger Stanislaus Boguslawski, Bäckermeister Witkowski, Bäckermeister Moszynski und der Kaufmann Nyklewicz. Auf dem Dominium des eine Meile von hier entfernten Dorfes Piastów wurde dieser Tag eine Ente mit 4 Füßen ausgebrütet, von denen sich 2 an der gewöhnlichen Stelle und 2 an der Brust befinden. Außerdem ist der obere Theil des Schnabels der mitgebrachten Ente nur halb, während der untere Theil derselben ganz normal entwickelt ist. Der Verwalter des Dominiums Kommissarius v. Glembowski, gedenkt dieses seltenen Naturspiel einem berliner Museum zu überweisen.

s Schrimm, 1. Mai. [Körperverletzung. Wochenmarkt. Wartethe.] Am gestrigen Nachmittage gerieten hier auf der Posener Straße, gegenüber dem Gymnasium zwei Arbeiter aus einem Dorfe der Umgegend Schrimm, nachdem sie eine geraume Zeit in einem Gasthause beim Brautwein gesessen und gegenseitig ihre Gesundheit getrunken hatten, wegen eines Glases Schnaps in Streit, der in Thälflichkeit ausartete. Beide Männer haben sich mit Fäustenschlägen derart zugerichtet, daß der eine in das Stadtlazareth geschafft werden mußte und an seinem Aufkommen gezweifelt wird. — Die Getreidepreise auf dem heute hier abgehaltenen Wochenmarkt stellten sich folgendermaßen pro 100 Kilogr.: der Weizen 18 M. bis 20 M., der Roggen 15 M. 90 Pf. bis 16 M. 50 Pf. die Gerste 15 M. bis 15 M. 50 Pf., der Hafer 17 M. bis 17 M. 50 Pf. Bei den übrigen Marktartikeln wurde gezahlt pro 100 Kilogr.: für Erbsen 22 M. bis 33 M. 50 Pf., für Kartoffeln 2 M. 75 Pf. bis 3 M., für Stroh 7 M. bis 8 M., für Heu 8 M. 50 Pf. bis 9 M. — Der Wasserstand der Warthe in hiesiger Stadt beträgt jetzt 1,57 Met. = 5 Fuß

Aus dem Gerichtsaal.

s Posen, 3. Mai. Vor der Kriminalabtheilung des hiesigen Kreisgerichts kam heute die Anklagefache gegen den verantwortlichen Redakteur des hier erscheinenden ultramontanen "Dredowin", Viktor Stanislawski, auf Grund der §§ 131 und 187 des Reichs-Strafgesetzbuches zur Verhandlung. Den Vorbit führte der Kreisgerichtsrath Groß; die Staatsanwaltshaft war durch den Staatsanwalt Heinemann vertreten: als Vertheidiger fungierte der Rechtsanwalt Dokhorn. Die angeführten Paragraphen lauten: "Wer erdichtet und entstellt Thatachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu 200 Thlr. oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft"; und "Wer wider bestores Wissen in Beziehung auf einen Anderen eine unwahre Thatache behauptet oder verbreitet, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen oder dessen Kredit zu gefährden geeignet ist, wird wegen

verläumperischer Bekleidung mit Gefängnis bis zu zwei Jahren, und wenn die Verleumdung öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangen ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Strafe bis auf einen Tag Gefängnis ermäßigt, oder auf Geldstrafe bis zu 300 Thlr. erkannt werden." Der Thatbestand, welcher der Anklage zu Grunde lag, war folgender:

Bekanntlich hatte der Abg. Dr. v. Niegolewski am 9. Febr. d. J. im deutschen Reichstage bei Gelegenheit der dritten Lesung der Strafgesetznovelle eine Rede gehalten, in welcher er u. A. folgendes sagte: "Die Gesetze werden bei uns nicht inne gehalten, denn man interpretiert sie nach politischen Zwecken. Die Vernichtung der Nationalität und der Kirche. Als Beweis für meine Behauptung erlaube ich mir Ihnen die Worte eines Staatsanwaltes vorzutragen, der in dem Prozeß gegen den Domherrn Kurowski geradezu behauptete, daß in 30 Jahren keine katholische Kirche mehr in Preußen existiren werde. Es war dies der Staatsanwalt v. Dresler in Posen, welcher nach dem Bericht der "Posener Ztg." in seinem Blaiboden öffentlich gesagt hat: Es gehört wahrlich keine Prophezeiung dazu, um bestimmt behaupten zu können, daß die Stunde von Sedan für die römisch-katholische Hierarchie in Preußen geschlagen hat. In längstens 30 Jahren werden die katholischen Parochien verwüst und ihre Kirchen geschlossen sein, weil jungen Priester sich nicht finden, die alten aber gestorben oder der Gegend, wo sie gelebt haben, verwiesen sein werden ic." Das gehörte wahrlich keine Prophezeiung dazu, um bestimmt behaupten zu können, daß die Stunde von Sedan für die römisch-katholische Hierarchie in Preußen geschlagen hat. In längstens 30 Jahren — ein langer Zeitraum in einem Menschenleben, eine kurze Spanne im Leben eines Volkes, in 30 Jahren werden die katholischen Parochien verwüst und ihre Kirchen geschlossen sein, weil junge Priester sich nicht finden, die alten aber gestorben oder der Gegend, wo sie gelebt haben, verwiesen sein werden ic."

Der Vertheidiger, Staatsanwalt Dokhorn, beantragte gegenüber den Ausführungen des Staatsanwalts die Vernehmung des damaligen verantwortlichen Redakteurs des "Kurier Pozn.", Eugenius von Zafryewski, des Staatsanwalts von Dresler und des Dr. von Niegolewski. Die Vernehmung des Ersteren sei erforderlich, da die Rede des Dr. v. Niegolewski aus dem "Kurier Pozn." entnommen worden sei; der Staatsanwalt von Dresler sei darüber zu vernehmen, ob er in dem Prozeß gegen den Domherrn von Kurowski gesprochen habe, wie es in der "Posener Ztg." wiedergegeben worden sei; Dr. v. Niegolewski werde als Zeuge durch Thatachen bestanden, daß die von ihm aufgestellten Behauptungen, in denen eine Beleidigung der Staatsbehörden gefunden werden, begründet seien.

Der Gerichtshof beschloß, von einer Vernehmung des damaligen verantwortlichen Redakteurs des "Kurier Pozn.", Eugenius von Zafryewski als unwesentlich Abstand zu nehmen, ebenso von der Vernehmung des Staatsanwalts v. Dresler, da sich Dr. v. Niegolewski in seiner Rede ausdrücklich auf den Bericht in der "Posener Ztg." befreuen habe. Dagegen wurde beschlossen, den Dr. v. Niegolewski als Zeugen über die von ihm aufgestellten Behauptungen, die durch Thatachen zu erweisen habe, zu vernehmen, ebenso den Oberpräsidenten Günther um amtliche Auskunft über die von dem Dr. v. Niegolewski behaupteten Thatachen zu eruchen. Es wurde demgemäß die Verhandlung vertagt.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Das Jahrbuch für die amtliche Statistik des preußischen Staates. Vor einigen Tagen hat die erste Hälfte vom vierten Jahrgange des Jahrbuchs für die amtliche Statistik des preußischen Staates die Presse verlassen. (Verlag des Kgl. Statistischen Bureaus (Dr. Engel) in Berlin). Dasselbe stellt sich zur Aufgabe, denen, welche einen häufigeren Gebrauch von der Gesamtmasse des vorhandenen statistischen Stoffes machen wollen, denselben in einer übersichtlichen, gedrängten und leicht benutzbaren Form darzubieten und will damit ein Bedürfnis befriedigen, welches um so lebhafter empfunden wird, je breiter der Strom der Statistik fließt, je mehr sich das statistische Material in allen Gebieten der Verwaltung und des öffentlichen Lebens anhäuft, je umfanglicher die Quellenwerke werden, in welchen dieser Stoff systematisch geordnet und bis in die kleinsten Details durchgeführt, dargelegt wird. Fast sämtliche größere amtliche statistische Büros haben sich im Laufe der Zeit genötigt gesehen, dergleichen Jahrbücher unter ihrer periodischen Publikationen aufzunehmen. In Preußen wurde 1863 damit der Anfang gemacht. Ein zweiter Jahrgang folgte 1867; der dritte 1869. Keiner von diesen Jahrgängen umfaßt jedoch das ganze Gebiet der amtlichen Statistik. Erst bei dem vorliegenden vierten Jahrgange ist Alles, was an amtlichem, halbamtslichem und privatem zuverlässigen Zahlenmaterial über das preußische Staats- und Volksleben vorhanden war und ist, zu einem einigermaßen vollständigen Zahlenbild vereinigt worden.

Die erste, jetzt erschienene Hälfte dieses Jahrganges behandelt in ihren beiden Theilen die Macht-Grundlagen des Staates und die Volkswirtschafts- und Volkswirtschafts-Pflege. Bei der Darstellung der ersten wird das Staatsgebiet in seiner geographischen Lage, seiner meteorologischen Beschaffenheit, sowie in seiner administrativen Eintheilung geschildert, und werden hierauf dem Stande der preußischen Bevölkerung und ihrer Bewegung während der Jahre 1871 bis 1874 eine Reihe von Abschnitten gewidmet. Im engen Anschluß hieran beginnt der zweite Theil mit einem Überblick über die erworbshäufige Bevölkerung Preußens nach der Aufnahme vom 1. Dezember 1871, sowie über die erworbshäufigen juristischen Personen, bei deren Darstellung auch eine Statistik der seit Erlass des Gesetzes vom 11. Juni 1870 begründeten Altiengesellschaften aufgemacht und in ihrem Ergebnisse mit der Zahl der von diesem Gesetz ins Leben gerufenen Aktiengesellschaften verglichen wird.

Nachdem hierauf der Verhältnisse des Grundbesitzthums und der auf ihm ruhenden Lasten noch in einem besonderen Abschnitte gedacht worden ist, erfahren die einzelnen Erwerbszweige der Bevölkerung, die Landwirtschaft, Viehzucht, Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei, der Bergbau, das Salinen- und Hüttenwesen und endlich die Industrie im engeren Sinne eine eingehende Darstellung. Die Statistik der öffentlichen Bauten, der Chausseen, Eisenbahnen und Wasserstraßen

leitet dann hinüber zur Statistik des Verkehrs und Waarenhandels, an welche sich die Darstellung des Geld- und Kreditwesens, der Verhältnisse der Handelskammern und gewerblichen Vereinigungen, sowie des Versicherungswesens anschließt. Ein Bericht über die in Preußen bestehenden Anfalten der wirtschaftlichen Fürsorge und sozialen Selbsthilfe schließt diesen Theil, und damit die jetzt vorliegende erste Hälfte des Jahrbuchs ab.

Die zweite Hälfte, deren Erscheinung wir in kurzer Zeit hoffen anhängen zu können, wird jeden Zweit der Staatsverwaltung in einem besonderem Abschnitt zur Darstellung bringen und so durch eingehende Berichte über die Unterrichts-, Kirchen-, Medizinal-, Justiz-, Finanz-, sowie die Armee- und Marineverwaltung eine Lücke auffüllen, welche die früheren Jahrgänge des Jahrbuchs noch aufweisen. Hieran soll sich eine Darstellung der Gelegenheit des Deutschen Reiches und des preußischen Staates und ein Anhang über die Provinzial- und Kommunalstatistik anschließen. Eine Reihe von Nachträgen werden dann das Jahrbuch, soweit es in seinen Angaben während des Druckes durch die Thatsachen überholt wurde, berichtigten, damit es ein möglichst getreues Bild des zeitigen Zustandes des preußischen Staates und Volkes gewähre.

Staats- und Volkswirthschaft.

** Brüssel 2. Mai. In der heute stattgehabten Generalversammlung der Aktionäre der Banque de Belgique wurde beschlossen, daß der Gouverneur und der Verwalter der Bank nur gegen Zahlung von 2,625,000 Frs. aus ihrer Verantwortlichkeit wegen der vorgenommenen Defraktionen zu entlassen seien.

** Paris. 1. Mai. Die Gruppe der französischen Inhaber von Obligationen der egyptischen Staatschuld hatte heute eine Zusammenkunft, um die von dem Schiedsgericht betreffs der Einlösung der Kunden gemachten Vorläufige zu prüfen. Der "Messager de Paris" glaubt, daß die Annahme der Bedingungen noch im Laufe des heutigen Abends nach Cairo telegraphisch gemeldet werden würde. Guten Vernehmen nach hat der Schiedsgericht verlangt, daß auch ein österreichischer Kommissar der Schuldenkommission beitreten möge.

Vermischtes.

* Berlin, 30. April. [Vergleichenes.] Wie man hört, ist vom Molkenmarkt aus ein Befehl an die Schützmannschaft ergangen, in Zukunft die Offiziere der Armee, vom Major aufwärts, militärisch zu grüßen. Wie verlautet, ist dieser neueste Präsidialbefehl durch einen hochgestellten Offizier hiesiger Garnison hervorgerufen worden, der fürstlich einen Schutzmann zur Anzeige brachte, weil derselbe vor ihm nicht Honour gemacht hatte. (?) — Die polizeiliche Unterforschung der Entstehungsursachen des Kaiserhof-Braunes hat befannlich ein positives Resultat nicht ergeben; sie ist aber Veranlassung, schreibt die "Volkszeitung", daß die Baupolizei aus der Berliner Bauordnung Personen gestrichen hat, von welchen seit langer Zeit in sehr ausgedehnter Weise Gebrauch gemacht wurde. Bisher hatte der Bauherr einen unbegrenzten Spielraum, im Innern

der Gedäude nicht nur die gewöhnliche Fachwerkwand mit Ausmauerung der Fache beliebig anzuwenden, sondern auch Wände aus sogenanntem Kreuzholz mit zweiflügiger Schaltung und Putzbewurf in den oberen Geschossen aufzuführen. Es hat dieses System unfehlbar bei dem Brände im Kaiserhof zur rapiden Verbreitung des Feuers beigetragen. Die Baupolizei hat schon jetzt nicht allein nach dieser Richtung der Bauart ihre Kontrolle verschärft, sondern sie will auch für die Feuer Sicherheit der Gebäude massive Theilungen haben, welche durch die Gebäuden Höhe reichen. Auf die Anlage dieser Brandmauern im Innern wird in Zukunft um so strenger geachtet werden, je größer die Ausdehnung des Gebäudes ist.

* Königsberg, 25. April. [Neue und erfolgreiche Behandlung der Diphteritis.] Das "Königsb. Kom.-Bl." bringt nachstehende Mittheilung über eine erfolgreiche neue Behandlung der vorgenannten Krankheit, welche jährlich so viele Kinder hinzunehmen: Vor etwa 4 Wochen erkrankte an der brandigen Bräune das Kind eines Handwerksmeisters hier selbst. Der leidet erst im letzten Stadium der Krankheit zu Rath gezeigt Art schlug den Eltern des Kindes als letztes Mittel eine Operation durch Eröffnung des Halses vor. Die Eltern sträubten sich indessen gegen die Anwendung dieses Mittels und nahmen erst, als der Zustand sich bedenklich verschlimmert hatte, die Hilfe des Arztes in Anspruch. Da Leidender indessen durch andere Praxis in Anspruch genommen war und nicht zu Hause gefunden wurde, wandten sie sich an den Dr. Heinrich Borgien. Nachdem derselbe den Zustand des Kindes untersucht hatte, zog er anstatt des gefürchteten Messers einen etwa 1 Fuß langen Höllensteinkniff hervor, bekleidete den Zeigefinger der linken Hand mit einer Metallhülse, welche unten vermittelst eines Charniers beweglich war, zog oder drückte durch die bewegliche Klappe die Zunge zurück und fuhr nun mit dem Stift mehrere Male im Halse umher. In Folge dieser Manipulation erfolgte sofort ein kräftiger Hustenstoß, das Kind warf eine große Menge Schleim aus, atmete mehrere Male tief auf und erholt sich sichtlich. Nachdem Dr. B. nach einer Stunde dieses Verfahren wiederholt hatte und dieselben Erscheinungen eingetreten waren, verordnete er noch ein Mundwasser und erklärte das Kind außer Gefahr. Dasselbe ist dem auch zu großen Freude der Eltern vollständig genesen. Das Neue bei dieser ärztlichen Behandlung besteht zunächst darin, daß der Arzt die Zuschwellung der Halsröhre nicht wie allgemein üblich — durch einen mit Höllensteinkniffen geträumten Pinself — welcher selbstverständlich bei der ersten Touchirung sich mit Schleim umhüllt und dann seine Wirkung verfehlt, zu öffnen sucht, sondern mit Höllensteinkniffen selbst; und ferner darin, daß durch die bewegliche Klappe des Fingerpanzers die Zunge herausgezogen und dem Stift der freie Zugang in die Nasehöhle eröffnet wurde.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Strombericht.

(Aus dem Sekretariat der Handelskammer.)

Schwerin a. Warthe.

29. April: Kähne: 286, Hermann Paczowski mit leeren Fässern von

Posen nach Stettin; 1865, Adolph Eckert und 15235, Friedrich Saade mit Mauersteinen von Schwerin a. W. nach Küstrin a. O.; 397, Stanislaus Kosak und 201, Michael Struski mit Kuhholz von Konin nach Berlin.

30. April: Kähne: 2462, Robert Andruski mit Roggen von Neuhaus nach Landsberg a. W.; 1046, Michael Lange mit Spiritus von Posen nach Berlin; 839, Johann Peschke mit Mauersteinen von Schwerin a. W. nach Driezen a. R.

Obornik.

29. April: 8 Flöze, Michael Studlarek mit Schiffsbauholz von Kolo nach Stettin; 10 Flöze, Carl Nawrotzki mit Kuhholz von Chocz nach Gliwice; Kahn IV. 28, Johann Skrzypczak mit Mauersteinen von Słowno nach Obornik.

Die Lebens-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft "Iduna" in Halle a. S. hat am 29. v. M. ihre ordentliche Generalversammlung abgehalten. Nach dem ausgetragenen einundzwanzigsten Geschäftsbericht waren im Jahre 1875 2608 Anträge auf 7,294,600 M. Versicherungssumme zu erledigen. Es wurden 2254 Versicherungen auf 6,113,650 M. und 14 Renten-Versicherungen auf 2576 M. jährliche Rente neu abgeschlossen. Am Schluß des Jahres waren 56,820 Versicherungen auf 46,270,645 M. Kapital und 18,835 M. Rente in Kraft. Die Sterbefälle unter den auf den Todesfall Versicherten betrafen 321 Personen und 566,305 M. Kapital. Sie überstiegen um 11,501 M. die rechnungsmäßige Summe. — Die Prämien-Einnahme stieg auf 1,656,156 M., die Zinsen-Einnahme auf 275,016 M. und die Prämien-Reserve erhöhte sich um 558,468 M. auf 6,049,218 M. — Der Betrag der in pupillarisch sicheren Hypotheken angelegten Kapitalien stieg um 703,900 M. und erreichte 5,294,770 M. — Der Ueberfuß der gesamten 7,612,125 M. betragenden Aktiva über die Passiva beträgt nach der im Interessentheil abgedruckten Bilanz 226,283 M. und es waren am 1. Januar 1876 außerdem zur Vertheilung an die Versicherten Ueberflüsse der Vorjahre im Betrage von 692,615 M. vorhanden. Die Dividende auf die dem Jahre 1872 angehörenden Prämien wird im Jahre 1877 um zwei Prozent steigen und 17 Prozent betragen, während der Sicherheitsfonds um 22,628 M. erhöht ist und 101,804 M. beträgt.

Newyork, 30. April.

(Per transatlantischen Telegraph.)

Das Postdampfschiff des Nord. Lloyd "Mosel", Capt. H. A. G. Neynaber, welches am 15. April von Bremen und am 18. April von Southampton abgegangen war, ist heute 8 Uhr Morgens wohlbehalten hier angekommen.

Grabkreuze und Grabgitter,

lieferne billig und schön. — Aufträge erbitten bald

Posen, Breslauerstr. 38.

H. Klug.

Arzt-Gesuch.

Bekanntmachung.

Die Niederlassung eines Arztes in hiesiger Stadt ist dringendes Bedürfnis. Die Stadt Storchest zählt 1800, die Umgegend hingegen ca. 10,000 Seelen und bietet sichere und lohnende Praxis. Für Armparoxysmägen wie ein Fixum von 300 Mark. Bitten uns Meldungen zuzufinden. Storchest, den 27. April 1876.

Der Magistrat.

In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Robert Pick zu Posen ist zur Verhandlung und Beschlusffassung über einen Akkord

Termin auf den 20. Mai c.,

Vormittags 11 Uhr

in unserem Bureau auf dem Rathaus hier selbst anberaumt und laden Bietungslustige zu demselben hierdurch ein.

Nähere Bedingungen können in unserem Bureau während der Dienststunden eingesehen werden.

Kempen, Reg.-Bezirk Posen, den 2. Mai 1876

Der Magistrat.

Dienstag den 16. Mai c.,

Vormittags 11 Uhr, in unserem Bureau auf dem Rathaus hier selbst anberaumt und laden Bietungslustige zu demselben hierdurch ein.

Die Beteiligten werden hier von mit dem Bemerkten in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten Forderungen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekarrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlusffassung über den Akkord berechtigen.

Die Handlungsbücher, die Bilanz nebst dem Inventar und der vom Verwalter über die Natur und den Charakter des Konkurses erstattete schriftliche Bericht liegen im unserm Büro XI. zur Einsicht der Beteiligten offen.

Posen, am 6. April 1876.

Königliches Kreisgericht.

In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns W. Knoski zu

Wronce ist zur Anmeldung der Forderungen der Konkursgläubiger noch eine zweite Frist bis zum

20. Mai 1876 einschließlich

festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtsfähig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 23. März c. bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist auf

den 31. Mai 1876, Vormittags 10 Uhr,

vor dem Kommissar des Konkurses Kreisrichter Dr. Perls in unserem Inschriftenzimmer Nr. 14 anberaumt und werden zum Erscheinen in diesem Termine die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntmachung fehlt, werden die Rechtsanwälte Gerlach und Steuer hier selbst zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Samstag, den 24. April 1876.

Königliches Kreis-Gericht.

Abteilung für Civil-Sachen

Der Kommissar des Konkurses Baumüller.

Kunze.

Warnung.

Beim Einbruche in die Theaterkasse des polnischen Theaters ist ein Kleiderkasten aus Wachs ausgestohlen worden — Dieser Kasten ist in Warschau im September 1875 durch den Oberpolizeimeister ausgestellt. — Vor Mißbrauch wird gewarnt.

Gerichtliche Auktion.

Freitag, den 5. d.,

früh von 9 Uhr ab werde ich Magazinstr.

Nr. 1 Möbel, Kleidungsstücke,

Pelze und Schrankdeposito-

rium ic. re. gegen gleich hohe

Bezahlung versteigern

Zindler,

Königl. Auktionskommisarius.

Bekanntmachung.

Das ehemalige Dahlsteinsche Grundstück, Posen, Nr. 396 große Gerberstraße 42, welches jetzt Eigentum des Kaufmann Heinrich Bitterlich ist, soll

am 15. Mai d. J.

Morgens 11 Uhr

in meinem Bureau, Friedrichstraße

Nr. 31, aus freier Hand verkauft werden

Leider die Kaufbedingungen gebe ich jederzeit Auskunft.

Posen, den 14. April 1876

Alewine,

Rechtsanwalt und Notar.

Die in der Nähe des Bahnhofs Pleschen der Posener

Crozzburger Eisenbahn bele-

genen, zur Fideikommiss-Herr-

schaft Taczanow gehörigen

Güter Sowina, Sowinka,

Lubomirz, von 2551 Mor-

gen Flächen-Inhalt, sind von

Johannis d. J.

Morgens 11 Uhr

in meinem Bureau, Friedrichstraße

Nr. 31, aus freier Hand verkauft werden

Leider die Kaufbedingungen gebe ich jederzeit Auskunft.

Posen, den 14. April 1876

Alewine,

Rechtsanwalt und Notar.

Die in der Nähe des Bahnhofs

Pleschen der Posener

Crozzburger Eisenbahn bele-

genen, zur Fideikommiss-Herr-

schaft Taczanow gehörigen

Güter Sowina, Sowinka,

Lubomirz, von 2551 Mor-

gen Flächen-Inhalt, sind von

Johannis d. J.

Morgens 11 Uhr

in meinem Bureau, Friedrichstraße

Nr. 31, aus freier Hand verkauft werden

Leider die Kaufbedingungen gebe ich jederzeit Auskunft.

Posen, den 14. April 1876

Alewine,

Rechtsanwalt und Notar.

Die in der Nähe des Bahnhofs</p

Bilanz-Conto

ult. 1875.

Activa

Passiva.

1. Kassen-Bestand	—	—	20,882	63	1. Prämien-Ueberträge	—	—	—	—	116,514	03
2. Hypotheken	—	—	5,294,770	—	2. Prämien Reserven	—	—	—	—	6,049,218	30
3. Effecten	—	—	1800	—	3. Schäden-Reserve:	—	—	—	—	—	—
4. Darlehen auf Policen	—	—	389,156	73	a) Lebens-Versicherung aus 1872/4.	7500	—	—	—	—	—
5. Wechsel	—	—	7279	—	b) Lebens-Versicherung aus 1875	152,061	55	—	—	—	—
6. Gestundete Prämienraten	—	—	708,139	82	c) Aussteuer-Versicherung aus 1872/4	1171	18	—	—	—	—
7. Rückversicherungs-Prämien-Ueberträge	—	—	1283	71	d) Sterbefallen-Versicherung aus 1872/4	11,850	—	—	—	—	—
8. Utensilien	—	—	14,086	06	e) Sterbefallen-Versicherung aus 1875	2475	—	—	—	—	—
9. Begründungskosten	—	—	42,065	56	7530	—	182,587	73	—	—	—
10. Guthaben bei Agenten	—	—	130,168	49	4. Nicht abgehobene Dividenden der Vorjahre	—	—	34,106	98	—	—
11. Guthaben bei Banquiers	—	—	71,423	—	5. Aufgeschobene Dividenden auf Sterbekassenversich. d. Vorjahre	—	—	125,518	51	—	—
12. Ausstehende Zinsen	—	—	32,827	45	6. Sicherheits-Fonds.	—	—	79,175	65	—	—
13. Diverse Debitorien	—	—	83,465	19	7. Hypotheken:	—	—	—	—	—	—
14. Grundstücke:	—	—	134,978	11	a) Haus der Gesellschaft in Berlin	30,000	—	—	—	—	—
a) Haus der Gesellschaft in Halle a. S.	—	—	479,162	30	b) Haus der Gesellschaft in Hamburg	57,000	—	87,000	—	—	—
b) Haus der Gesellschaft in Berlin	—	—	91,131	35	9. Beamten-Pensions-Kasse	—	—	6,506	24	—	—
c) Haus der Gesellschaft in Hamburg	—	—	109,506	25	10. Gaukironen	—	—	12,600	—	—	—
d) Gut Neuschäfer	—	—			11. Ueberschüsse der Vorjahre	—	—	692,615	22	—	—
					Ueberschuz des Jahres 1875.	—	—	226,282	99	—	—
						7,612,125	65	7,612,125	65		

Halle a. S., den 31. Dezember 1875.

Die Direction der Lebens-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „IDUNA“. E. Bartmann.

Auf Grund des Ergebnisses der von uns veranlaßten calculatorischen Prüfung der Bücher der Gesellschaft und der Jahresrechnung, auf Grund unserer materiellen Prüfung der ganzen Geschäftsführung in 1875 sowie auf Grund der übrigen uns vorgelegten Revisions-Arbeiten wird die Richtigkeit des vorstehenden Rechnungs-Abschlusses hiermit bestätigt und bescheinigt, daß die im Abschlusse aufgeführten Hypotheken, Effecten, Wechsel und Baarbestände zur Zeit des Abschlusses richtig vorhanden waren.

Halle a. S., den 8. April 1876.

Der Verwaltungsrath der Lebens-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“.

v. Voz. Dr. Kormann. Büttner. W. Ulrich. Dr. Otto Nie. Huth.

Die Unterzeichneten empfehlen sich zur Vermittlung von Versicherungsausschüssen und erbieten sich, jede zu wünschende Auskunft auf das Bereitwilligste zu ertheilen.

Adolf Czapski, General-Agent, Lindenstr. 3.

Posner & Cohn, Breslauerstr. 14. A. Wittkowski, Gr. Gerberstr. 17. H. Ambrosius, Sandstr. 2.

Posen-Grenzburger Eisenbahn.

Die Herren Aktionäre der Posen-Grenzburger Eisenbahn-Gesellschaft werden hierdurch zu der

ordentlichen Generalversammlung

auf Sonnabend den 27. Mai d. J.

Nachmittags 4 Uhr,

im Verwaltungsbau der Direktion,
in Posen, St. Martinstraße 21,

eingeladen.

Tagesordnung:

- 1) Bericht über die Lage der Geschäfte der Gesellschaft,
- 2) Bericht über die Prüfung der Rechnungen der Jahre 1874 und 1875 und Beschlussnahme über die Erteilung der Decharge,
- 3) Wahl der Revisorin pro 1876,
- 4) Auslegung der nach § 32 des Gesellschaftsstatuts ausscheidenden Mitglieder und Botschaft der erforderlichen Eratzmahlen,
- 5) Antrag des Aufsichtsrath auf Genehmigung der Generalsversammlung: „daß zur Drangriffnahme der notwendigsten Rest-Arbeiten und Bauausführungen, an Stelle und für Rechnung der sämigen Baugesellschaft die erforderlichen ihrem Betrage nach von der Generalsversammlung näher festzulegenden Mittel im Wege des Credits beschafft und nach Bedürfnis successiv verwendet werden.“

Zur Theilnahme an dieser Versammlung sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, welche spätestens 10 Tage vor der Versammlung ihre Actien resp. noch nicht umgetauschten Quittungsbogen bei der Hauptkasse der Gesellschaft in Posen, oder bei Herrn S. Bleichröder in Berlin, Jacob Landau der Schlesischen Vereinsbank in Breslau, nach Maßgabe der Vorschrift im § 26 des Gesellschafts-Statuts deponieren. Breslau, den 25. April 1876.

Der Aufsichtsrath der Posen-Grenzburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Dr. Honigmann,
Vorsitzender.

Durch alle Buchhandlungen ist zu beziehen:

Neben die religiösen und kirchenpolitischen Fragen der Gegenwart

von Prof. Dr. J. Grohsshammer in München.

Verlag von G. Löffel, Elberfeld. Preis 4 M. 25 Pf.

Das Werk besteht aus einer Anzahl größerer und kleinerer Aufsätze, welche seit 1870 über die genannten Fragen veröffentlicht wurden. Der Verfasser hat nicht blos langjährig und eingehende theoretische Studien über Religion, Papstthum, Hierarchie und Jesuitismus, gemacht, sondern kennt den Gegenstand, den er behandelt, auch aus Erfahrung, aus persönlichem Conflict mit Papst und Hierarchie, da er seit nahezu 20 Jahren gegen das päpstliche System und hierarchische Ansprüche sich in Opposition befindet. Er begann diese zu einer Zeit, als der moderne Staat, noch kaum etwas Schlusses und Gefährliches ahnend, der Hierarchie vielfach entgegen kam und Concessions mache, und verbarrte darin auch, als die katholischen Gelehrten Deutschlands ihn bald verliehen und Angesichts der hierarchischen Maßregeln gegen ihn sich scheu zurückzogen. Er darf daher wohl auch in der Gegenwart, mitten im kirchen politischen Kampfe, seine Stimme vernehmen lassen und auf Beachtung hoffen. — Von demselben Verfasser sind drei unseres Lesers zum Theil schon bekannte Broschüren zur Widerlegung der Ansprüche des Papstthums und zum Behufe der Befreiung des katholischen auch der Fels dahin.

Haus-Rauh-Gesuch

An der südwestlichen Seite des Alten Marktes in Posen wird von einem Berliner Kaufmanne ein Haus zu kaufen, resp. gegen ein gutes Berliner Haus zu vertauschen gesucht.

Gefällige Offerten erbitten

Gebrüder Leo,

Bankgeschäft, Berlin, Tau- binstraße Nr. 40.

Das Dom. Wiatrowo b. Wongrowiec hat noch zwanzig Schöck gesundes, frisches, Roggen-Stroh zu verkaufen Das Schöck à 15 Thaler.

700 Scheffel

schöne weiße Saatkartoffeln verkauft Dom. Grotkowo bei Bydwo.

Eine neue Sendung von fertigen eleganten Roben sind wieder eingetroffen. Auch eine neue Sendung in Sammet-Paletons und Seide sind eingetroffen bei

Johanna Slemowska,
Wilhelmsstraße Nr. 24.

Avis. Chignons, Locken,

Haarzöpfe,

Haar-Einlagen, Haarschädel empfiehlt billig die Haarhandlung

von Louis Sorauer, Posen Alter Markt 71.

Die Meerschaum-Waa-

ren-Fabrik von

Paul Gliese

aus Görlitz, empfiehlt ihre ausgezeichneten Waren nur unter Garantie der Echtheit

zu festen aber soliden Preisen.
Posen, Wilhelmstraße 18 gegenüber Hotel de France.

Holzspahnschachteln

zu Schubwichte, Pomade etc. farb. und dauerhaft gearbeitet, liefert zu den billigsten Preisen, unter Nachnahme

R. Jacob

in Nieder Langenau, Grafschaft Glatz.

Monats-Uebersicht

vom 30. April 1876

— gemäß Art. 34 alii. 2 des Statuta. —

- a) Erworben unkündbare hypothekarische und Rentenforderungen M. 75,427,071. 26 Pf.
- b) Erworben kündbare hypothekarische Forderungen M. 5,074,200. —
- c) Ausgegebene unkündbare Pfandbriefe M. 75,050,700. —
- d) Ausgegeb. kündbare Pfandbriefe M. 3,223,500. —

Gotha, den 30. April 1876.

Deutsche Grundcredit-Bank.

von Holtzendorff. Landsky. R. Friboes.

Bau-Kalk-Offerte.

Den besten Oberschlesischen Bau-Stück-Kalk offeriren wir bei Abnahme von 220 Centner

franco Bahnhof Posen den Centner mit 90 Pfennige,

Pudewitz	=	91 1/2
Trzemiejno	=	90 1/2
Mogilno	=	93 1/2
Inowraclaw	=	98 1/2
Gnielkowo	=	101 1/2
Thorn	=	104 1/2
Bromberg	=	107 1/2
Wrocław	=	50
desgleichen Düngerkalksche	=	13

Die

Oppeln-Tarnowitzer Kalk-Gesellschaft

zu Kattowitz R.-O.-U.-G.

Das Dominium Jerzewo bei Borek hat

6 Stück Mastvieh

und gut gebrannte

Mauersteine

zum Verkauf.

Brennerei.

Den geehrten Herren Brennerei-Besitzern und Interessenten die ergebene Mittheilung, daß ich bevollmächtigt bin, für die hiesige Gegend die Firma

Vennleth & Ellenberger in Darmstadt

(Spezialität für Brennerei) zu vertreten. Besonders erlaube ich mir auf den von genannter Firma erfundenen und in einigen zwanzig Exemplaren gebauten

Ellenberger'schen Maisch-Apparat

mit dem Beimerken hinzuweisen, daß auch in der Provinz Posen solche Apparate bereits seit Jahresfrist im Gange sind und ganz Vorzügliches in Bezug auf Ausbeute und einfache Handhabung leisten. Bei jeder weiteren Auskunft bin ich gern bereit. — Z. B.: Nagradowice bei Wengierst, später Stenschewo.

Otto Kahl,

Brennereitechniker.

Pfeuflische Original-Loose (D.11

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Protestantische Märtyrer und Korkämpfer.

Ein evangelisches Volksbuch.

Halle, G. Schwetschke'scher Verlag.

Preis 3 Mark.

Wenn man zuweilen die Unficht vermutet, daß solche Dinge, wie sie um, diese geschichtlichen Thathachen abzuleugnen, oder die Gottesheiligen und Kirchenfürsten darob zu tadeln, daß sie das Organ des Erzbischofs von St. Louis (Nordamerika) hören, daß sich 1875 folgender Maßen äußerte: Wir geben zu, daß die römisch-katholische Kirche unduldsam ist, d. h. daß sie alles aufhetet, was in ihrer Macht steht, um Irthum und Sünden auszurotten. Diese ihre unduldsame Weise ausföhrt aber nothwendiger Weise aus ihrer Unfehlbarkeit. Nur sie allein (die römische Kirche) hat das Recht, unduldsam zu sein, weil sie allein die Wahrheit ist und hat. Kezerei ist nach ihrem Gesetze eine Sünde, welche den Tod verdient. Die Kirche duldet Kezerei, wenn und wo sie dazu benöthigt ist, aber sie hafet sie tödtlich und wendet alle ihre Kräfte auf, um deren Verüchtigung zu bewerkstelligen. Wenn einst die Katholiken eine unermäßliche Majorität haben werden, was auch sicherlich der Fall sein wird, obgleich erst nach langerer Zeit, dann hat die religiöse Freiheit dieser Republik ein Ende. Das sagen unsere Feinde und wir glauben es. Unsere Feinde wissen es, daß wir nicht besser sind als unsere Kirche, und was diese letztere betrifft, so liegt ihre Geschichte offen vor ihnen aufgeschlagen. Sie wissen, wie die römische Kirche im Mittelalter mit Kezern gehandelt hat und was sie noch heutzutage überall, wo sie die Gewalt dazu besitzt, mit ihnen thut.

Darum werden echt christliche Fürsten die Kezerei in ihren Landen mit Stumpf und Stiel austrotten und christliche Staaten werden, wenn sie nur immer können, sie aus ihrem Bereiche jagen. Und wenn wir jetzt davon absehen, die Kezerei hier zu verfolgen, so geschieht es nur deswegen, weil wir dazu zu schwach sind und glauben der Kirche, der wir dienen, mehr zu schaden als zu nützen.

Es sind diese Anschaungen die Konsequenz des Syllabus. Die römisch-katholischen Bischöfe sind durch ihren Eid in ihrem Gewissen verpflichtet, den Syllabus durchzuziehen mit allen Mitteln, auch mit der Revolution, nach den berüchtigten Bullen Bonifac VIII. (Unam sanctam) und Paul IV. (Cum ex apost. off.), sobald der Papst die Anwendung befiehlt.

Die General-Agentur der **Dick'schen Extinctore** für die Provinz Posen haben wir Herrn Ph. Malachowski in Posen übergeben.

Glasgow, 1. Mai 1876

Lipman & Co.

Bezugnehmend auf Obiges thelle ich ergebenst mit, daß ich die **Dick'schen chemischen Feuerlöschapparate genannte Extinctore** zu Fabrikpreisen stets auf Lager halte.

Dieselben wurden als das anerkannt bestre System in den größten Städten Deutschlands, wie z. B. in Berlin von dem Königl. Kriegsministerium, der Charité, der General-Intendantur der Schauspiele u. s. w. angeschafft und empfehle ich diese Apparate als das schnellste und zuverlässigste Mittel gegen entstehende Brände.

Ph. Malachowski,
Bismarckstraße 7.

Kunst- & Bauschlosserei von Peter Haffner.
Saargemünd (Lothringen.)

Das unterzeichnete Comité erlaubt sich zu dem am

18. und 19. Mai 1876

in Neubrandenburg (Mecklenburg) stattfindenden Zuchtmärkte für edlere Pferde

ergebenst einzuladen.

Der im Jahre 1869 begründete, jetzt mit aus Steinbachwerk erbauten Ställen versessene Markt ist in einem sich von Jahr zu Jahr steigernden Maße mit Pferden besichtzt worden, namentlich mit Zuchthengsten, Kavaliere und Reitpferden für schweres Gewicht. Auch für dies Jahr sind aus den renommierten Gestüten Mecklenburgs und den angrenzenden proufischen Provinzen zahlreiche Anmeldungen bereits ergangen. Den Marktbefürfern wird ein reichhaltiges Material an Pferden für die Zucht sowohl, wie für jeglichen Gebrauch und der Vortheil des Ankaufs auf erster Hand geboten.

In Verbindung mit diesem Zuchtmärkte findet am 19. Mai

eine reichhaltige Verloosung edler Pferde

statt. Zur Verloosung sind bestimmt:

84 Reit- und Wagenpferde (nach Maßgabe des Absatzes der Loose) und circa 1500 andere Gewinne.

Der Hauptgewinn besteht in einer eleganten Equipage mit vier hochgedachten Pferden im Wert von 10.000 Reichsmark.

Es werden 50.000 Loose a Stück 3 Reichsmark ausgegeben, und ist deren Generalschiff

dem Herrn V. Siemerling in Neubrandenburg übertragen, an welchen Bestellungen unter Beifügung des Betrages franco zu richten sind, und wo auch Unternehmer einer höheren Anzahl Loose die Bedingungen erfahren können.

Die Hauptgewinne werden durch die gelesenen Zeitungen bekannt gemacht und wird jedem Teilnehmer auf Verlangen eine Ziehungsliste gegen Einsendung von 20 Reichspfennigen an den Herrn V. Siemerling, franco überwandt. Die Gewinner von Equipagen und Pferden werden, soweit ihnen möglich, mittels Telegramm sofort benachrichtigt.

Neubrandenburg, Station der Friedrich-Franz-Bahn, ist von Berlin in 4, von Stettin in 3 und von Hamburg in 6 Stunden zu erreichen.

Das Comité.

Geh. Hofrat Brückner. Kammerherr von Bingenhagen-Dambeck, von Klingraeff-Chemnitz. Rath Poepel. Freiherr von Malzahn-Kruckow. von Michael-Gr. Plasten. Oberamtmann Müller-Mühlenhagen. von Oerden-Newlin. Vogae-Gevezin. Graf Schwerin-Göhren.

Bronce-Giesserei, Bau-Schlosserei u. Fabrik schmiedeeis. Ornamente von **Ed. Puls,** Berlin 0., Holzmarkt-Strasse 13.

Die Bronce-Giesserei liefert Kunst- und kunstgewerbliche Ge- genstände, also Medallons, Reliefs, Statuetten, Fullungen, Kapitale, Sockel, Kirchentüren- und Kamingarnituren in künstlerischer Ausführung.

Die Fabrik schmiedeeiserner Ornamente fertigt Lauben und Laubengänge, Wintergärten, Treibhäuser, Gitter, Thore, Wetterschäften, Balcons, Treppengeländer und alle Schlossarbeiten.

Si bentes Verzeichniß. Für die hiesigen Ueberschwemmen sind noch nachträglich bei uns eingegangen:

Vom Pastor Wodarg in Garocin von seinem Franken Bruder 6 M., Oberpräsident Günther f. Sendung des Präsidienten v. Wegner in Bromberg als Sammlung des Bürgermeist. Enge in Samotschin 211 M. 63 Pf., Expedition der Kreuz-Zeitung in Berlin 13 M. 50 Pf., Rabbi Dr. Jaffé in Kurnik f. Sammlung der israelitischen Gemeinde in Kurnik 27 M., durch Polizeipräsid. Staudt, Sendung des Hotelbesitzers Lehmann in Moskau 106 Rubel, beträgt 279 M. 84 Pf. Summa 537 M. 97 Pf. Hierzu die Gaben bis 26. April c. 22,863 M. 11 Pf. Im Ganzen 23,407 M. 8 Pf.

Die im Verzeichniß vom 26. April c. aufgeführte Sendung der Frau Baronin v. Massenbach in Fraustadt von 153 M. 11 Pf. besteht aus folgenden Beiträgen:

Die Dorfgemeinden: Bargen 4 M. 56 Pf., Brenno 10 M. 20 Pf., Brettworwerk 2 M. 50 Pf., Bulkwis 6 M. 64 Pf., Domnik 1 M. 42 Pf., Gollmis 5 M. 9 Pf., Grottku 77 Pf., Deutich Teferiz 6 M. 53 Pf., Ilgen 6 M. 25 Pf., Kaltvorwerk 14 M. 45 Pf., Groß-Kreutrich 3 M. 82 Pf., Klein-Kreutrich 5 M., Lache 6 M., Lüdwig 14 M. 30 Pf., Michel 5 M. 16 Pf., Scharne 3 M. 30 Pf., Staedtel 1 M. 34 Pf., Weine 7 M. 78 Pf., Rettor a. D. Künke in Rissa 3 M., Frau Superintendent Frobb in Fraustadt 5 M., Frau Geheime Sanitätsrätin Braunschweig in Fraustadt 10 M., Frau Generalin v. Stülpnagel in Gehrdsdorf 20 M., Frau Landräthin Baronin von Massenbach in Fraustadt 10 M.

Posen, den 4. Mai 1876.

Der Vaterländische Frauen-Verein.

Maitrauf

von frischem Waldmeister die große Weinflasche zu 10 Gr. (excl. Flasche), empfiehlt die Conditorie und Weinhandlung von

A. Pitzner,
am Markt.

Evangel
täglich frisch bei

Oswald Schäpe.

 Königsberger Pferde-Lotterie. Ziehung 31. Mai 1876. 2000 Gewinne. Hauptgewinne: 5 komplette feine Equipagen, als erster ein hoheleganter Viererzug nebst Landauer. 30 Gewinne, bestehend in Luxus- u. Gebrauchs-pferden u. c. Loose a 3 Reichsmark sind zu haben:

i. d. Exp. d. Btg., bei Hrn. Hugo Tilsner in Posen und Herrn J. Kunkel in Wongrowitz. (Hp. 1469)

Annocen

an sämtliche hiesige und auswärtige

Zeitung, Zeitschriften, Journale u. c. befördert unter Garantie der gewissenhaftesten Berechnung und strengsten Unparteilichkeit bei Auswahl der Zeitungen

das

Central-Annoncen-Bur. au

der

Deutschen Zeitungen,

Altien Gesellschaft.

Berlin W. 45. Mohrenstr. 45.

Breslauerstraße 9.

Wohnung von 4 Zimmern in der III. Etage zum 1. Juli c. zu verm.

Verleihgeber ist eine begneigte, freundliche Wohnung mit Wasserleitung, St. Martinstraße Nr. 27, 2. Etage rechts, vom 1. Juli cr. ab zu vermieten. Gartenzimmer nach Wunsch.

Eine möbl. Wohnung ist billig zu vermieten. Näheres Schießstr. 2, part.

Wilhelmsplatz 8

sitz im zweiten Stock zu Michel 1 eine Wohnung von 7 Zimmern nebst Zubehör und im dritten Stock des Seitenflügels sofort eine Wohnung von 3 Zimmern nebst Zubehör zu vermieten.

Markt 46 und 47 sind mehrere Wohnungen, Remisen und Keller zu vermieten.

Judenstraße Nr. 6 ist

ein Laden

mit Schaufenster und ger. Remise mit oder ohne Wohnung zu vermieten. Näheres Dominikanerstr. 5.

Gr. Gerberstr. 23 sind 2 Zimmer u. Küche per 1. Juli zu verm. Näheres beim Wirth Büttelstr. 11.

Im ersten Stock sind freundliche, trockene, Mittelwohnungen vom 1. Juli zu vermieten St. Adalbert Nr. 37.

Graben 17

Stall und Remise sofort zu vermieten.

Wohnung

auch zu einem Geschäftszweck passend, ist in der Breslauerstr. vom 1. Oktober zu verm. Näheres Schützenstraße 2, 2 Treppen.

St. Martin Nr. 46, II. Et.

ist eine Wohnung von 3 Zimmern, Küche nebst Zubehör vom 1. Juli zu vermieten. Näheres zu erfragen beim Eigentümer.

Den vielen B. werben hier durch die M. t heilung, daß die hiesige Brennereiverwaltung

terstelle besetzt ist.

Turowo bei Pinne.

Mengel.

Zum 1. Juli sucht ich einen deutschen, der polnischen Sprache mächtigen

Wirtschafts-Inspector mit guten Zeugnissen bei 450 M. Gehalt und fr. Station.

Dom. Scrobyn bei Pudewitz.

Windell.

Eine ältere

Wirthin,

deutsch und polnisch sprechend, in allen Zweigen der Landwirtschaft erfahren, mit der feinen Küche, sowie mit dem Einkochen der Früchte vertraut, findet bei g. Wohn bald. Stellung. Nur g. Zeugnisse finden Berücksichtigung und find die selben zu richten an

Baronin v. Seherr-Thoz.

Szczecin bei Gnesen.

Ein Lehrling wird gesucht von

N. Rutecki, Uhrenhandlung, Friedrichsstr. Nr. 1.

Gebüte Schneiderinnen finden Be- schäftigung bei **Szymanska,** Neustadt. Markt 1, II. Etage.

Tüchtige Brunnenbauer finden für immer Beschäftigung bei sehr hohem Gehalt. Reisekosten vergütigt. Schriftliche Meldungen an Brunnen- u. Röhre- meister Schiebor, Soldau Ostpr.

Ein erfahrener

Mädchen

als Stütze der Hausfrau zur Führung einer kleinen häuslichen mit der Land-

wirtschaft, welche gleichzeitig die gute Küche verfügt, wird sogleich gesucht. Adresse E. O. postlagernd Doborn.

Ein der polnischen Sprache mächtiger früherer Beamter, sucht Stellung als Expedient in einem Landrats Amt, oder als Rechnungsführer und Polizei- verwaltungen auf einem größeren Gute

Offeraten an den K. Polizeianwalt Hrn. Bleich in Posen zu richten

Ein schlesischer Landwirt

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten mit guten Zeugnissen höchst geschätzter Personen versehen, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Lantème. Offeraten werden unter D. 3204 an Rudolf Wosse, Breslau, erbeten.

Ein Schäfer

sucht von Johanni eine Schäferstelle, same 300 Mark Kanton Stettin. W. Waschlowsky, Dom. Bomblik.

Ein junger Mann, 9 Jahre ununterbrochen beim Verwaltungs- resp. Kommunalbeamte tätig, fahrtbefähig, mit guter Handschrift und vorzüglichen Zeugnissen, sucht anderweitig aber festes Engagement. Gef. Offeraten unter F. F. 25 nimmt die Exp. d. Btg. entgegen.

Familien-Nachrichten.

Heute Morgen um 1/4 Uhr entstieß unsere geliebte Olga im Alter von 2 Jahren nach nur 24 stündigen Leiden. Dies zeigt allen Belannten und Freunden, um stille Theilnahme bitten, an. Die Beerdigung findet Sonnabend d. 6. Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Mühlstraße Nr. 29, aus statt.

Posen, 3. Mai 1876.

Gustav Sachse nebst Frau.

Allen lieben Verwandten

die schmerzhafte Nachricht, daß uns unsere innig liebte Mutter, nach unsäglich schweren Leiden, heute Nacht durch den Tod entrissen worden.

Rawitsch, d. 2. Mai 1876.

Geschwister Fraustädter.

Freitag den 5. Mai 1876:

Epidemisch.

Schwanz in 4 Akten von